Sonnabend, 24. März 1923. Einzelnummer 250 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 68

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 7600.— in den Ausgabestellen 7800.— durch Zeitungsboten 8000.— am Postamt . . . . . 8500.— ins Ausland 10000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 160.— M. Reklameteil . 480.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 160.— p. M. Reklameteil 480.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Ein neuer Warnruf Nittis.

Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti, der selbst an den Friedensverhandlungen in Versailles teilnahm, und seit längerer Zeit in Büchern und Zeitungsartikeln die in Kraft befindlichen Friedensverträge bekämpft, wendet sich in seinem neuesten Artikel, der im „Berl. Tageblatt" veröffentlicht ist, gegen den französisch-belgischen Einmarsch in das Ruhrgebiet und erklärt:

„Die Männer, die in Frankreich den unter französischer Aktion entstandenen Vertrag von Versailles vorbereiteten, steckten sich zwei bestimmte Ziele, die aus dem Vertrage selbst nicht hervorgehen, aber aus allen vorbereitenden Akten und aus der ganzen Ausführung. Diese zwei Ziele sind sehr einfach und klar: Loslösung des ganzen, völlig deutschen linken Rheinufers von Deutschland, um es Frankreich anzugliedern, oder um im Zollverein mit Frankreich und unter politischer französischer Kontrolle den sogenannten autonomen rheinischen Staat zu begründen; sodann das Monopol der gesamten kontinentalen Hüttenindustrie und folglich der militärischen und industriellen Hegemonie mittels Abtrennung der reichsten Kohlenzonen von Deutschland und der Ruhrkontrolle. In Frankreich leugnet man, daß man die Absicht hatte oder hat, das Rheinland von Deutschland zu trennen. Aber man braucht nicht erst hinter die diplomatischen Kulissen geschaut zu haben, um zu wissen, daß über diesen Punkt der französischen Politik kein Zweifel möglich ist."

Das hier aufgestellte Programm, für das Tardieu und Marschall Foch sich einsetzten, wurde in Versailles nicht verwirklicht. Doch infolge fortgesetzten Drängens der französischen Schwerindustrie, die nach einem Kohlen- und Eisenmonopol auf dem europäischen Festlande strebt, wird es jetzt fast vier Jahre nach Versailles, verwirklicht. Nitti bestreitet daß die Ruhrbesetzung den Zweck verfolge, Reparationen zu erlangen:

„Die Besetzung der Ruhr verfolgt nicht den Zweck, Deutschland zu irgendeiner Reparationssumme zu zwingen, sondern bedeutet vielmehr Verzicht auf die Reparationen und Zwang auf die großen Ruhrindustriellen, zu kapitulieren und Frankreichs Kontrolle anzunehmen. Jedwede lange Ruhrbesetzung hat keinen anderen Zweck, als die von der Hüttenindustrie abhängigen deutschen Industrien der einzigen Kontrolle Frankreichs zu unterstellen."

Gegen diese Kontrolle Frankreichs wendet sich Nitti auch vom Standpunkte Italiens (was vielleicht auch die besondere Schärfe seiner Kritik erklärt):

„Wenn die französische Hüttenindustrie ihr Programm durchsetzte und Deutschland sich einer, modernen Völkern bisher unbekannten Sklaverei unterwürfe, — welche Lage ergäbe sich daraus? In welche Lage würde ein Eisen- und Kohlenmonopol auf dem Kontinent Italien und die übrigen Kontinentalstaaten, die weder Kohle noch Eisen haben, versetzen? Italien würde unter dieselbe Kontrolle kommen, und die militärische Aktion würde logischerweise der industriellen folgen."

Den Schlußfolgerungen Nittis kann man zustimmen. Über Europa scheine ein mörderisches Verhängnis zu schweben; der Irrtum an der Ruhr sei die entsetzlichste Verirrung die nur mit dem Ruin Europas endigen könne, falls Frankreich sich nicht beizeiten zurückziehe. Nitti appelliert an die lebendigen Kräfte der französischen Demokratie, er erinnert an die alten edlen Traditionen Frankreichs, die mit den Programmen der Hüttenindustrie nichts gemein hätten. Doch auch aus seinen Worten klingt jene Resignation, von der angesichts der verzweifelten Lage Europas die wenigen einsichtsvollen und weitschauenden politischen Führer erfüllt sind.

Die Gründe der Haltung Polens in der Ruhrfrage.

Dr. Marjan Seyda, einer der Führer des nationalen Volksverbandes, hat sich vor einiger Zeit Vertretern ausländischer Telegraphenagenturen über die innere und äußere Politik Polens in folgenden Worten geäußert: „Anbetreff der Besetzung des Ruhrgebietes sind die vollen Sympathien Polens auf seiten Frankreichs und Belgiens, einmal deshalb, weil das der einzige Weg für Frankreich und Belgien ist, die Realisierung der Entschädigungen zu erreichen, denen sich die Deutschen unter dem Scheine angeblicher Zahlungsunfähigkeit böswillig entziehen, zum andern aus dem Grunde, weil Frankreich und Belgien dadurch, daß sie ihre Hand auf den westfälisch-rheinischen Großindustrie halten, uns und ganz Europa die einzig echte Gewähr dafür bieten, daß ein deutscher Vergeltungskrieg nicht gefährlich wird. Wenn irgend jemand, dann hat neben Frankreich und Belgien Polen alle Ursache, diese Gewähr hoch einzuschätzen. Deshalb muß jeder, der klar in die Zukunft Polens schaut, die Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich und Belgien nicht nur als eine für Deutschland verdiente und finanzwirtschaftliche Sanktion ansehen, sondern nicht minder als großes politisches Werk, das den Frieden Europas sichert." —

Eine deutsche Note an London und Washington.

In der vorigen Woche hatten die deutschen Botschafter in London und Washington gleichzeitig und gleichlautend eine deutsche Note überreicht, über die allerhand Vermutungen laut wurden. Nunmehr wird aus anscheinend zuverlässigen amerikanischen Quellen mitgeteilt, daß in diesen Noten weder von der Ruhrfrage im allgemeinen, noch von einer Vermittlung die Rede gewesen ist. Vielmehr wurde darin lediglich die Reparationsfrage behandelt. Die deutsche Regierung stellt sich dabei im wesentlichen auf den Standpunkt, den bereits vor einiger Zeit der amerikanische Staatssekretär Hughes vertreten hatte, und stimmt insbesondere dessen Vorschlag zu, eine internationale Kommission mit der Lösung des Reparationsproblems zu betrauen. Doch knüpft die deutsche Regierung daran die ausdrückliche und unumgängliche Bedingung, daß in dieser Kommission die deutschen Vertreter verhandeln und mit den übrigen, insbesondere auch mit den französischen Vertretern, gleichgestellt sein müßten.

Regierung und Parlament.

Unser Warschauer Sonderberichterstatter teilt uns telephonisch mit:

Die Regierung hat in zwei Ausschußsitzungen empfindliche Niederlagen erlitten, die ihre Stellung in bedenklicher Weise geschwächt haben. In der Finanzausschußsitzung griffen die Regierungsparteien gemeinsam mit den anderen Parteien den Minister Grabski an und verlangten entgegen dem Regierungsvorschlag eine progressive Staffelung der Bodensteuer. Minister Grabski sprach sich gegen diese Staffelung aus, konnte jedoch nicht verhindern, daß die Parteien einen Antrag annahmen, der die Regierungsvorlage zur Umänderung an einen Unterausschuß verweist. Noch heftiger gestalteten sich die Angriffe gegen den Handelsminister Ossowski in der Sitzung des Industrie- und Handelsausschusses. Die Parteien wiesen hier auf große Mißstände in den Staatsbetrieben hin, ganz besonders in den Petroleumbetrieben. Minister Ossowski soll nicht imstande gewesen sein, sich genügend gegen diese Angriffe zu verteidigen. Der „Kurjer Poranny" meldet bereits, daß der Rücktritt Ossowskis in den nächsten Tagen erfolgen werde, daß er jedenfalls nicht mehr zweifelhaft sei. Damit scheint die latente Krise der Regierung in ihr entscheidendes Stadium eingetreten zu sein, und es fragt sich nun nur noch, wie und wann sich die Umbildung der Regierung vollziehen wird. Man kann annehmen, daß, wenn der Handelsminister noch vor den Feiertagen zurücktritt, die Ereignisse ihren Lauf nehmen und auch die Regierung unter Umständen mit in den Sturz hineingezogen wird. Die Stellung des Kabinetts Sikorski scheint jedenfalls jetzt unhaltbarer denn je zu sein; denn selbst die polnische Provinzpresse hat die schweren Angriffe, die die Warschauer Presse seit Wochen gegen das Ministerium richtete, aufgenommen und schlägt einen äußerst scharfen Ton an.

Freitagsitzung des Sejm

stand als erster Punkt der Antrag über die Auslieferung des Abg. Karpiński zur Beratung. Der Antrag wurde abgelehnt.

Alsdann kam das Nachtragsbudget der Regierung zur Beratung. Bekanntlich hatte sich die Regierung bei Annahme des Gesetzes vom 15. Februar d. Js., das ihr einen Kredit von 1850 Milliarden bewilligt, vorbehalten, ein Nachtragsbudget vorzulegen, wenn die Teuerung steigen sollte. Das ist der Fall gewesen und die Regierung beantragte deshalb gestern einen Nachtrag von 60 Prozent für Sachausgaben und 25 Prozent für Personalausgaben. $1\frac{1}{2}$ Milliarden sind für das Innenministerium aus Anlaß der Besetzung der neutralen Zone, $2\frac{1}{2}$ Milliarden für die Wiederherstellung der Bahnlinie Grodno—Wilna bestimmt. 600 Millionen braucht das Post- und Telegraphenministerium und 17 Milliarden das Außenministerium. Das Nachtragsbudget wurde vom Sejm in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Bei dieser Gelegenheit wurde von der Regierung mitgeteilt, daß das Budgetgesetz für das zweite Quartal noch vor den Ferien vorgelegt werden soll.

In zweiter Lesung wurde dann das Petroleumabkommen mit der italienischen Regierung angenommen. Der Vertrag ist auf 30 Jahre geschlossen und sichert der italienischen Regierung eine Bodenfläche von 2000 Hektar zur Ausbeutung zu. Die Sozialisten enthielten sich bei der Abstimmung dieses Gesetzes der Stimme.

Endlich kam ein Antrag der Deutschen Fraktion zur Beratung, der die Amtssprache bei den Gerichten im ehemals preußischen Teilgebiet betrifft. Der Gesetzentwurf verlangt Einführung der polnischen Sprache schon vor dem Jahre 1923. Demgegenüber verlangt der deutsche Abänderungsantrag: „Im Einverständnis mit dem Gericht — in Zivilsachen auch im Einverständnis mit der Gegenpartei und in Strafsachen im Einverständnis mit dem Staatsanwalt — können sich die Rechtsanwälte in der mündlichen Verhandlung der deutschen Sprache bedienen." Zu dem Antrag sprach der Abg. Daczko. Der Antrag wurde abgelehnt.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, 4 Uhr nachmittags, statt.

*

Um die Bildung eines Blocks der Rechts-Mitte.

Der Abg. Marjan Seyda erklärte vor kurzem im Gespräch mit Vertretern auswärtiger Telegraphenagenturen: „Alle Fragen der inneren Politik Polens laufen gegenwärtig im Grunde genommen auf eins hinaus: Auf die Bildung einer festen parlamentarischen Mehrheit, die einer das Schiff unserer inneren und äußeren Politik mit fester, konsequenter und kluger Hand steuernden nationalen Regierung die Grundlage gibt. So lange wir keine solche Mehrheit und eine solche Regierung nicht haben, werden alle provisorischen Mittel fehlschlagende Halbmittel sein. Bei der heutigen Gestaltung der Kräfte im polnischen Sejm und dem Charakter der politischen Programme ist nur eine Mehrheit der Parteien des Zentrums und der Rechten möglich, wobei betont werden muß, daß die polnischen Rechtsgruppen durchaus keinen konservativen Charakter haben, sondern sozial gemäßigt, dabei in politischer Hinsicht entschieden national sind. Ich denke, daß die Verhältnisse in unserem Sejm sich allmählich in der Richtung der Bildung dieser zentro-rechten Mehrheit entwickeln werden, was bisher eher die parteipolitischen Voreingenommenheiten, die auf den kürzlichen Wahlkampf zurückzuführen sind, als tiefe unüberwindliche Programmunterschiede gehemmt haben."

Der Kampf der Rechtspresse gegen das Kabinett Sikorski.

Im Anschluß an die Sejmdebatte über den ukrainischen Antrag wegen der Verhaftung des ukrainischen Führers spricht die Rechtspresse von einer schweren Kompromittierung des Kabinetts Sikorski. Für den ukrainischen Antrag hätten außer allen Minderheiten auch die Sozialisten und die Wyzwoleniegruppe gestimmt. In diesem Zusammenhange erklärt die Rechtspresse, daß Zusammengehen des Kabinetts Sikorski mit den staatsfeindlichen Minderheiten bedeute das moralische Begräbnis des Kabinetts Sikorski, dem auch bald das politische folgen müsse.

Zerwürfnisse in der Wyzwolenie-Gruppe?

Am Dienstag trat der Wyzwolenieklub zu einer Beratung zusammen. Bei der Abstimmung im Sejm stellte es sich, Meldungen der Rechtspresse zufolge, heraus, daß nicht alle Abgeordneten der Wyzwoleniegruppe die Politik Thugutts und Rudzińskis mitmachen. Bartel, Stolarski und einige andere Abgeordnete stimmten den Beschlüssen des Klubs nicht zu. Infolgedessen kam es innerhalb der Wyzwoleniegruppe zu scharfen Reibungen.

Kirche und Staat.

Am Mittwoch fand in Warschau eine Konferenz zwischen Vertretern der Kirche und der Regierung statt, die dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat gewidmet war. U. a. wurden auch die Rechtsbeschränkungen der katholischen Kirche in den Teilgebietsstaaten besprochen. An der Konferenz nahm auch Kardinal Dalbor teil. Von seiten der Regierung war u. a. der Kultusminister Mikułowski-Pomorski anwesend.

Außenminister Skrzyński ist von seiner Reise befriedigt.

Außenminister Skrzyński hat nach seiner Rückkehr aus London dem Berichterstatter des „Kurjer Warszawski" folgendes erklärt:

„Ich bin mit der Unterredung, die ich mit englischen Staatsmännern hatte, sehr zufrieden. Die lange Unterredung mit Lord Curzon trug einen sehr herzlichen Charakter und offenbarte tiefe Sympathien Englands für Polen. Wir berührten die wichtigsten Probleme der internationalen Politik. Die Präzisierung des Standpunktes der polnischen Regierung in diesen Fragen hörte Lord Curzon mit großem Interesse und großem Verständnis für unsere Haltung an. Englische politische Kreise rechnen Polen heute zu den Großmächten Europas und wünschen ihm weitere Entwicklung."

Der Berichterstatter der „Gazeta Warszawska" meldet, daß Minister Skrzyński mit der Aufnahme in London sehr zufrieden ist und die Zustimmung Englands zur Anerkennung der Grenzen Polens als Wendepunkt in der Politik Englands gegenüber betrachtet. Während der Unterredung mit Minister Skrzyński gebrauchte Lord Curzon oft den Ausdruck „das große und starke Polen". Bezüglich der aktuellen Fragen, wie der Jauerfrage und der Memeler Frage versprach Lord Curzon Unterstützung. Aus London sandte Minister Skrzyński an den polnischen Gesandten in Paris, den Grafen Zamojski, eine Depesche, in der er ihm für seine fruchtbare und talentvolle Arbeit an der Regelung der polnischen Grenzfrage dankte.

Der englische Generalstabschef

Lord Caverzag will am 15. Mai in Polen eintreffen und sich hier vier Tage aufhalten.

Aus den Baltenstaaten.

Der neue litauische Sejm,

zu dem die Wahlen für Mitte Mai angesetzt sind, wird durch sechs Abgeordnete aus dem Memellande ergänzt werden.

Um das Memelstatut.

Aus Kowno wird berichtet: Die Memeler Delegation für die Verhandlungen über das Memelstatut ist in Kowno eingetroffen. Dieses Statut wird der Botschafterkonferenz in Paris unterbreitet werden. Die Delegation setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Gailius, Vorsitzender des Direktoriums, Jankus, Vorsitzender des Rettungskomitees, Falk, Direktionsmitglied, Grabow, Oberbürgermeister, u. a.

Für die Pariser Delegation sind u. a. Gailius als Vertreter der Memelregierung, sowie Jankus und Falk als Vertreter der litauischen bzw. deutschen Memelbevölkerung ausersehen. Sie sind bereits nach Paris abgereist. Wie verlautet, hat der von der Delegation ausgearbeitete Statutenentwurf Aussicht, von der litauischen Regierung ohne Abänderung genehmigt zu werden. Obwohl die litauische Delegation offiziell nur zu den Memelverhandlungen nach Paris eingeladen ist, hofft man in den Kownoer Regierungskreisen, daß die litauischen Delegierten auch Gelegenheit haben werden, den Gesamtkomplex der polnisch-litauischen Beziehungen von ihrem Standpunkt aus zu beleuchten.

Die Litauisierung des Memellandes.

Das Kownoer „Echo" schreibt: Die litauische Valuta verdrängt allmählich die Mark aus dem Memellande. Vorläufig laufe noch die Reichsmark zu gleichen Rechten mit den Lits um. Die Verrechnung erfolgt zum Tageskurs. Eine Abteilung der Litauischen Bank hat ihre Tätigkeit in Memel aufgenommen. Die Zollgrenze zwischen dem Memellande und Großlitauen ist endgültig aufgehoben.

Die Katholiken in Lettland.

Der Rechtsausschuß des lettischen Sejm hat im Sinne des Konkordats beschlossen, den Katholiken in Riga zwei Kirchen abzutreten, und zwar die evangelische St. Jakob- und die russisch-orthodoxe Alexejkirche.

Ein Minderheitenblock in Litauen.

Aus Kowno wird gemeldet, daß die Russen und die Weißrussen angesichts der nahenden Wahlen zum litauischen Sejm einen Block gegründet haben um ihre Kandidaten leichter durchbringen zu können. Der Block will Verhandlungen mit den übrigen Minderheiten in die Wege leiten, die den Zweck haben sollen, einen Block aller Minderheiten ins Leben zu rufen.

Landkauf in Lettland.

Der lettische Sejm nahm in zweiter Lesung ein Gesetz über den Kauf von Ländereien durch Bauern an. Der Preis für eine Desjatine ist auf 500 lettische Rubel festgesetzt worden.

Republik Polen.

Schwierigkeiten bei den polnisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

Pressemeldungen zufolge sind bei den russisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Moskau sehr große Schwierigkeiten aufgetaucht, so daß die Verhandlungen nur langsam vorwärts gehen.

Die Postbeamten gegen die Aufhebung des Postministeriums.

Der Verband der Post- und Telegraphenangestellten hat den Behörden eine Denkschrift zugehen lassen, in der gegen die Aufhebung des Post- und Telegraphenministeriums Stellung genommen wird. In der Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß selbst Griechenland kürzlich ein Postministerium eingeführt habe und darauf, daß Post- und Telegraphenressortverwaltungen eines fremden Ministeriums dem gesamten internationalen Verkehr nicht gerecht werden können, wie es in Rumänien der Fall sei. Die Forderungen der Postangestellten werden dahin formuliert: 1. Zurückziehung des Beschlusses der Aufhebung des Post- und Telegraphenministeriums; der Postminister soll vor den gesetzgebenden Behörden verantwortlicher oberster Chef im Amt bleiben. 2. Aussonderung des Post- und Telegraphenministeriums aus dem Staatsbudget mit gleichzeitiger Übertragung der Kreditfunktionen der Postsparkasse auf die Polnische Landesdarlehnskasse.

Die Lage der Presse in Polen.

Beim Ministerpräsidenten Sikorski sprachen am Donnerstag Vertreter der galizischen Presse vor und schilderten ihm die schwierige Lage dieser Presse. Sie verlangten Befreiung der galizischen Presse von der Zahlung der Papierzölle. Sikorski versprach die Veranstaltung eines Pressekongresses für ganz Polen, der auch zu dieser Frage Stellung nehmen soll.

Ungültigkeit der Kreistagswahlen des Kreises Tuchel.

Bei den Kreistagswahlen im Kreise Tuchel sind bekanntlich alle deutschen Wahllisten von der Wahlkommission für ungültig erklärt worden mit der Begründung, daß auf ihnen 18 Kandidaten anstatt 8 bzw. 4, die eine Liste deshalb, weil nur 7 von den auf ihr stehenden Kandidaten schriftlich ihre Einwilligung zur Eintragung ihres Namens erklärt hatten. Die Wahlen wurden zugunsten der für gültig erklärten polnischen Liste durchgeführt. Gegen die Gültigkeit dieser Wahlen haben die Vertreter der deutschen Listen Widerspruch erhoben, der von der Wahlkommission verworfen wurde, worauf jene beim Kreisausschuß Tuchel Klage erhoben mit dem Antrag auf Ungültigkeitserklärung der Wahlen in den betreffenden Wahlbezirken. Das Wojewodschaftsverwaltungsgericht in Thorn hat nunmehr die Wahlen für ungültig erklärt.

Kaschubische Gäste in Warschau.

Kaschubische Gäste sind in der Zahl von 26 Personen am Donnerstag in Warschau eingetroffen und haben dem Sejmmarschall Rataj und dem Führer des nationalen Volksverbandes, dem Abg. Głąbiński Besuche abgestattet. Am Nachmittag besuchten sie das Schloß und das Nationalmuseum. Am Abend wohnten sie einer Aufführung des „Pan Twardowski" im Teatr Wielki bei. Am Freitag abend findet zu Ehren der kaschubischen Gäste ein Bankett statt.

Die Stadtverordnetenversammlung in Lemberg

hielt am Donnerstag eine feierliche Sitzung ab, in der der Stadtpräsident Neumann eine Ansprache hielt, die der Angliederung Lembergs und Ostgaliziens an Polen gewidmet war. Die Versammlung hörte die Festrede stehend an. Nach einer Pause wurde dann die ordentliche Sitzung des Stadtparlaments eröffnet. Zu Beginn dieser Sitzung erwähnte Stadtpräsident Neumann des verstorbenen Erzbischofs Bilczewski.

Markkurs und Preisbewegung.

Ein weiteres Steigen der polnischen Mark wird erwartet.

Die Warschauer Blätter melden, daß die polnische Staatsdarlehnskasse in den letzten zwei Tagen etwa 500 000 Dollar kaufen konnte. Man erwartet an der Börse ein weiteres Steigen der polnischen Mark und verkauft deshalb fieberhaft ausländische Valuten. Auch in Krakau wurden Dollarnoten sehr stark abgegeben. Die Staatsdarlehnskasse kaufte an zwei Tagen hintereinander je etwa 80 000 Dollar.

Rapider Sturz der Getreidepreise.

Krakauer Blätter berichten: Am Dienstag ist auf dem Getreidemarkt innerhalb der Händler infolge des rapiden Sturzes der Getreide- und Mehlpreise eine große Panik ausgebrochen. Die Getreidehändler haben vielfach ihre Ware gegen Kredit abgegeben. Für 100 Kilogramm Weizen wurden zuletzt nur 180 000 Polenmark gezahlt. Für 100 Kilogramm Roggen 90- bis 92 000, für Roggenmehl: Krakauer 188- bis 190 000 Polenmark, für Posener 190 bis 194 000. Man erwartet eine sofortige Ermäßigung des Grundpreises um 300 Polenmark pro Kilogramm.

Sinken der Viehpreise in Galizien.

In einer ganzen Reihe galizischer Ortschaften macht sich ein großer Preissturz auf Vieh, Schweine und Fette bemerkbar. Das Schweinefleisch ist in manchen Gegenden auf 30 Prozent gefallen.

Neue Gesetze.

Arbeiterschutzgesetze.

In der vergangenen Woche hat der Ministerrat einen Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeit der Jugendlichen und der Frauen beraten. Als Jugendliche wurden Personen im Alter von 15 bis 18 Jahren anerkannt, und zwar neben den Fabrikarbeitern die Schüler, Lehrlinge und Praktikanten. Kinder unter 15 Jahren dürfen zur Arbeit nicht angenommen werden. Schulstunden werden zu den Arbeitsstunden gezählt. Frauen dürfen nicht in Gruben arbeiten. Ihre nächtliche Ruhe muß elf Stunden betragen. Arbeitgeber, die in ihren Werkstätten mehr als fünf Arbeiter beschäftigen, sind zur Aufrechterhaltung der hygienischen Vorschriften verpflichtet. Dort wiederum, wo mehr als 100 Frauen beschäftigt sind, muß der Arbeitgeber für Badegelegenheit sorgen.

Das Gesetz über den Ausnahmezustand.

In kürzester Zeit soll ein Gesetz über den Ausnahmezustand im Sejm eingebracht werden. Das neue Gesetz soll den Verwaltungsbehörden in der Zeit des Ausnahmezustandes größere Vollmachten erteilen.

Das Selbstverwaltungsabgabengesetz.

Der Entwurf für das neue Selbstverwaltungsabgabengesetz sieht folgende Steuern vor:

1. Die Grund- und Gebäudesteuer für Grundstücke und Gebäude, die außerhalb der Stadtgemeindezone liegen, in Gesamthöhe eines 100prozentigen Zuschlags zu den bezüglichen Staatssteuern, mithin, falls der Regierungsentwurf bezüglich der Erhöhung dieser Steuer in Kraft treten sollte, in achttausendfacher Höhe der Katasterveranlagung. Im Prinzip sollen die Landgemeinden von den erwähnten 100 Prozent 30 Prozent und die Kreiskommunalverbände 70 Prozent erhalten.
2. Die Grundsteuer für Grundstücke in der Stadtgemeindezone in derselben Höhe (100 Prozent zu der achttausendfachen Staatssteuer).
3. Die Gebäudesteuer für Gebäude in der Stadtgemeindezone, deren Höchstnorm für jedes Steuerjahr vom Innen- und vom Finanzministerium festgelegt wird.
4. Die Lokalsteuer, Wohnungsüberschußsteuer, Aftermietersteuer und Hotelsteuer.
5. Die Handels- und Gewerbesteuer in Höhe von ½ Prozent der Umsätze und eine besondere Grubensteuer.
6. Die Einkommensteuer in Form eines 30prozentigen Anteils und festgesetzter Zuschläge durch Abzug von den Dienstbezügen.
7. Zuschlagssteuern zu den Verbrauchssteuern für Zucker, Spiritus und Kohle in Höhe von 10 Prozent der Staatssteuersätze und die Zuschlagssteuer zu der Staatssteuer von Patenten für Herstellung und Verkauf von Getränken und Schnaps- und Spiritusprodukten.
8. Vierprozentige Kontraktsteuer für Verträge betreffs Übersiedlung von Immobilienbesitz.
9. Wechselproteststeuer in Höhe von ½ Prozent der Wechselsumme.
10. Zuschlagssteuer zur Erb- und Schenkungssteuer in Höhe von 10 Prozent der Staatssteuersätze.
11. 25prozentiger Anteil an der Luxuswarensteuer.
12. Bekanntmachungs- und Anzeigensteuer.
13. Lustbarkeitssteuer.
14. Jagdrechtsteuer.

Das Mieterschutzgesetz wird geändert.

Der Wirtschaftsausschuß des Ministerrats beriet die Gesetzesvorlage über den Mieterschutz und die Festsetzung bestimmter Normen zur Regelung des Verhältnisses zwischen Mieter und Hausbesitzer. In allernächster Zeit soll dem Sejm ein Gesetzentwurf zugehen, der vom Justizministerium eingebracht werden wird. Der Entwurf sieht die Miete in der Höhe vor, die nach Maßgabe der Vorkriegszeit (nach der damaligen Valuta) gegolten hat. Eine Erhöhung wird jedes halbe Jahr möglich sein und ist an einen bestimmten Termin nicht gebunden.

Das Versammlungsgesetz.

Wie der „Przegl. Wieczorny" erfährt, wurde das Gesetz über die Versammlungen endgültig durch den Ministerrat angenommen und wird wahrscheinlich noch in den nächsten Tagen dem Sejm vorgelegt werden.

Die Arbeitslosenversicherung

Das Arbeitsministerium hat den Entwurf eines vorläufigen Gesetzes ausgearbeitet, das die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit betrifft. Es muß betont werden, daß es sich um ein zeitweiliges Gesetz handelt, da das endgültige Gesetz erst später ausgearbeitet werden wird und das Arbeitsministerium es für notwendig erachtet hat, der mehr und mehr anwachsenden Zahl der Arbeitslosen eine gesetzlich begründete Unterstützung zuteil werden zu lassen und sie von der bisher üblichen, demoralisierenden und erniedrigenden Form der Unterstützungen zu befreien. Dieser Entwurf ist im Einvernehmen mit dem Finanzministerium ausgearbeitet worden und wird in Kürze dem Ministerrat und dann dem Sejm zugehen. Es soll ein Unterstützungsfond gebildet werden, zu dem die Arbeiter, Arbeitgeber, der Staat und die Selbstverwaltungen beisteuern werden. Als Grundlage für die Höhe der Einzahlungen wird der durchschnittliche Verdienst eines ungeprüften Arbeiters angenommen und vom Arbeitsministerium festgesetzt werden. Von dieser Summe zahlen die Arbeitgeber und Arbeiter gleiche Prozentsätze, während der Staat für zwei Drittel sämtlicher Arbeiterbeiträge und die Selbstverwaltungen für ein Fünftel derjenigen Summen aufkommen, die zur Versicherung der Arbeiter im Gebiet der betreffenden Selbstverwaltung aufgewendet werden. Als Unterstützung beziehen die Arbeiter, sofern sie verheiratet sind und mehr Kinder als eins haben, 40 Prozent des vom Arbeitsministerium festgesetzten Durchschnittslohnes eines Arbeiters. Wenn sie eine kleinere Familie haben, so beziehen sie ungefähr die Hälfte des obigen Prozentsatzes für sich, etwa 40 Prozent dieser Hälfte für die Frau und ebensoviel für das Kind. Für Junggesellen beträgt die Unterstützung 60 Prozent von dem, was ein Arbeitsloser mit einer größeren als nur aus einem Kinde bestehenden Familie erhält. Unterstützungsberechtigt sind alle Arbeiter im Alter von 18 bis 65 Jahren, sofern sie in einem Industrie-, Handels-, Verkehrs- oder städtischen Unternehmen 20 Wochen hindurch im Laufe der letzten zwei Jahre vom Datum der Anmeldung zur Unterstützung an gearbeitet und die Arbeit nicht aus eigener Schuld verloren haben.

Aus der polnischen Presse.

Die Notwendigkeit der Stabilisation der Verhältnisse in Polen

ist Überschrift und Gegenstand des Leitartikels der Nr. 64 des „Kurjer Poznański" (Dienstag, den 20. März). Der Verfasser geht von dem Zwischenfall in der am Freitag abgehaltenen Festsitzung des Sejm aus, in der Abg. Łuckiewicz schließlich von Saaldienern aus dem Sitzungssaal getragen werden mußte, und fährt dann fort:

„Dieses Moment hat die Dauerhaftigkeit der angeblichen Mehrheit, auf die sich die Regierung des Generals Sikorski stützt, grell beleuchtet. Es zeigt sich noch einmal, was alle nicht verblendeten Polen schon lange wissen, daß irgend welche Zusammenarbeit mit einer Mehrheit, zu der die nationalen Minderheiten gehören, auf längere Zeit unmöglich ist."

Der „Kurjer" weiß dann zu sagen, wie die Regierung die nationalen Minderheiten befriedigen könnte:

„Um die Ukrainer zu befriedigen, müßte General Sikorski sich etwa den Protesten gegen die Anerkennung der polnischen Ostgrenzen anschließen, um die Deutschen zu gewinnen, müßte er nach dem Rezept des berühmten Führers des Deutschtumsbundes, des Herrn Naumann, verfahren und den deutschen Forderungen in der Ansiedlerfrage, der Frage der Optanten und der Liquidation zur Hand gehen, von den übertriebenen Forderungen der Deutschen hinsichtlich des Schulwesens, der Zweisprachigkeit der Westmarken usw. erst gar nicht zu reden. Um die Unterstützung der Juden zu erlangen, müßte er das Programm der Bildung eines Judeo-Polens in seiner ganzen Fülle aufnehmen. Herr Sikorski befindet sich in nicht geringer Bedrängnis.

Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit für die Regierung Sikorski, den Weg der Zugeständnisse gegenüber den nationalen Minderheiten einzuschlagen, der aber schließlich zur Selbstverleugnung des Polentums führen würde. Mit Zugeständnissen von geringer Bedeutung dächten sich die Minderheiten nicht zufrieden zu geben.

Der „Kurjer" behandelt dann die Beziehungen zwischen der Piasten- und der Wyzwoleniegruppe, der er minderheitsfreundliche Politik vorwirft. Während bei den Piasten nach Maßgabe der immer weiter schreitenden Verjudung, Verdeutschung und Ruthenisierung der offiziellen polnischen Regierungspolitik der Selbsterhaltungstrieb erwache, habe sich ein Teil der Wyzwolenisten mit dem Protest der Ukrainer solidarisiert. In dem Augenblick, wo die Piasten aus ihrer Haltung die letzte Schlußfolgerung ziehen würden (d. h. die Abschwenkung nach rechts), wäre das Schicksal des Generals Sikorski entschieden.

Zum Schluß führt der „Kurjer" die bei den Sonnabend- und Sonntagsberatungen des Hauptvorstandes der Piasten gefaßte Entschließung an, die gegen die Politik der Wyzwoleniegruppe Stellung nimmt, die Bildung einer parlamentarischen Regierung, die von der Politik der nationalen Minderheiten abhängig wäre, als unmöglich und unzulässig ansieht, und erklärt, daß der Versuch der Bildung einer parlamentarischen sogenannten relativen polnischen Mehrheit nicht ernsthaft behandelt werden dürfe, da sich eine solche Regierung faktisch auf die Minderheiten stützen würde. In dieser Entschließung sieht der „Kurjer" ein Mißtrauensvotum für Sikorski, und er schließt aus ihr auf die Möglichkeit der Stabilisierung der inneren Verhältnisse in Polen, die jetzt schon eine konkretere Form anzunehmen beginnen.

Die Bevölkerung der Wojewodschaft Tarnopol

Im „Kurjer Poznański" (Nr. 53 vom Mittwoch, den 7. März) beschäftigt sich Dr. Prószyński, ein Sejmabgeordneter aus dem Lemberger Bezirk, mit der Bevölkerung in der Wojewodschaft Tarnopol, der er auf Grund ihrer geographischen Lage den Charakter eines Bollwerks des Polentums im Osten zuschreibt. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes:

Die ganze Wojewodschaft hat 17 Kreise mit einer Gesamteinwohnerzahl von 1429085, davon 683 009 männliche und 746 076 weibliche Personen. Darunter waren 642488 Polen, 710476 Ruthenen, 70 157 Juden, 3400 Deutsche usw. Dem Bekenntnisse nach 447282 Römischkatholische, 845429 Griechischkatholische, 131 325 mosaischen Bekenntnisses und 5355 Evangelische usw. Aus dieser Zusammenstellung zieht der „Kurjer" den Schluß, daß sich 134 953 Griechischkatholische und 61 168 Juden als Polen ausgeben. Dagegen übergeht er die Tatsache, daß die polnische Bevölkerung in der Wojewodschaft Tarnopol noch nicht einmal die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmacht und die Ruthenen in der Statistik die erste Stelle einnehmen. Der „Kurjer" stellt dann fest, daß die Zahl der dortigen Bevölkerung, an den Volkszählungen 1910 und 1900 gemessen, nicht zugenommen, sondern abgenommen habe, was auf den Krieg und die Krankheiten zurückzuführen sei. Zum Schluß des Ostmarkenartikels wird die Zunahme der römischkatholischen Bevölkerung, dagegen die Abnahme der anderen Konfessionen an einer Tabelle nachgewiesen, aus der hervorgeht, daß die Vergleichsziffern für die einzelnen Konfessionen betrugen: Für die Römischkatholischen 25,3 im Jahre 1900; 27,8 im Jahre 1910 und 30,9 im Jahre 1921; für die Griechischkatholischen 61,3 im Jahre 1900, 60,8 im Jahre 1910 und 59,6 im Jahre 1921; für die Juden 13,0 im Jahre 1900; 11,6 im Jahre 1910 und 9,2 im Jahre 1921.

Der belgisch-französische Gegensatz.

Die Bedeutung der Brüsseler Konferenz.

Auf der Brüsseler Konferenz waren der französische und belgische Verbündete einmal ganz unter sich, und sie benutzten diese Gelegenheit, um sich gründlich auszusprechen. Dabei gab es allerlei Unstimmigkeiten und es erwies sich, daß die Standpunkte der beiden Länder über das Kriegsziel der Ruhrbesetzung und die Rheinpolitik ziemlich bedeutend auseinandergehen. Belgien als kleiner und ganz überwiegender Industriestaat ist den Anforderungen einer so kostspieligen und das Wirtschaftsleben störenden Aktion viel weniger gewachsen als Frankreich, das doch mehr Agrar- als Industriestaat ist und daher eine größere Widerstandsfähigkeit besitzt.

Die mündlich abgegebene Erklärung der Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens, die Ziele der Ruhraktion betreffend, hat durch ihre Unbestimmtheit und Doppelsinnigkeit den belgisch-französischen Gegensatz offenbar gemacht. Es handelt sich nicht um die Festhaltung des Ruhrreviers, sondern um die Forderungen, die bezüglich der dauernden Besetzung des linken Rheinufers von den heutigen Regierungschefs der Einbruchsstaaten geltend gemacht werden sollen, sobald Deutschlands „moralische Kapitulierung" erfolgt sein wird. Poincaré wollte sich auf eine klar umschriebene Fassung seines Reparationsprogramms in Brüssel nicht einlassen, Theunis verlangte hingegen volle Klarheit. Eine endgültige Entscheidung wurde nicht getroffen, denn Poincaré vermochte die von Theunis gewünschte scharfe Formulierung der belgisch-französischen Rheinlandpläne nicht zu akzeptieren. Man blieb daher mitten in der Bahn stehen und verzichtete auf eine genaue Besprechung des Ziels in der Hoffnung, daß sich während der nächsten Wochen eine Einigung erzielen lassen werde.

Poincaré sagte weiter nichts zu, als nur die etappenmäßige Räumung des Ruhrreviers, nicht aber die Freigabe des okkupierten linksrheinischen Gebietes. Poincaré wählte wieder, wie gewöhnlich, den Weg der Doppelsinnigkeit, entschlossen, seine Pläne erst dann zu enthüllen, wenn — wie man in Paris in unbegreiflicher Selbsttäuschung behauptet — das Kabinett Cuno infolge innerer Meinungsverschiedenheiten in den nächsten Tagen zurücktreten wird. Poincaré will am Rhein eine dauernde Stellung Frankreichs, mit Belgien im Schlepptau, aufrichten; das geben die Leibjournalisten der Pariser Regierung offen zu, wenn sie auch das Wort „Annexion" durch allerlei Redewendungen (Sicherheitsmaßnahmen, Losmachung von Preußen usw.) verbergen. Es ist klar, daß Poincaré die Sicherungsfrage, die er nach dem Zusammenbruch seiner Kohlenpolitik konstruiert hat, nicht mehr losläßt, anderenfalls würde er in der Kammer die Schläge der Rechten und der Linken erhalten. Nachdem die „friedliche Ingenieurmission" sich als gänzlich unfähig erwies, die gestellten Aufgaben zu lösen und ihr glänzendes Fiasko durch die Abberufung Costes besiegelt ist, kommt jetzt plötzlich wieder die Bedrohung der Sicherheit Frankreichs durch die deutschen Nationalisten in den Vordergrund. Das ist echt französische Kulissenpolitik.

In Brüssel ist, wie der Pariser Mitarbeiter der „Danz. N. N." ausführt, der Meinungsgegensatz infolge der durch England beeinflußten belgischen Außenpolitik entstanden. Belgien hat mit Frankreich ein Trutz- und Schutzbündnis, das eine Geheimklausel betreffs der gemeinschaftlichen „Verteidigung" der Rheingrenze enthält. Diese Klausel wird durch England nicht anerkannt. Es ist in Paris bekannt, daß die britische Diplomatie ihre Anstrengungen darauf richtet, durch eine Verschärfung des wallonisch-flämischen Gegensatzes die Auswirkung der franko-belgischen Militärallianz (die letzten Endes auf einen Bruch des Versailler Vertrages über den Kopf Englands hinweg hinausläuft) zu unterbinden. Die flämischen Zeitungen sind gegen den Ruhrkrieg, für die englische Vermittlung und vor allem für die Herstellung einer belgischen Neutralitätspolitik in der Form, daß dieser Staat durch Bündnisse (einerseits mit Frankreich, andererseits mit England) aus der Gefahrzone kriegerischer Verwickelungen und Abenteuer gedrängt wird. Seit eineinhalb Jahren befindet sich in Brüssel ein Vorschlag Englands, dahingehend, Belgien einen Schutzvertrag zu gewähren, wenn die Geheimklausel des franko-belgischen Bündnisses fallen sollte. Lloyd George behandelte diesen Gegenstand eines Dreiervertrages (Frankreich-Belgien-England) zuerst in Cannes, dann in Genua. Briand war mit dem Plane des damaligen britischen Ministerpräsidenten

einverstanden und erklärte sich prinzipiell bereit, den Schutzpakt, das unerfüllte Vermächtnis des Versailler Vertrages, in Gestalt eines Dreierbündnisses anzunehmen und durch den Völkerbund sanktionieren zu lassen. Poincaré brach diese Verhandlungen ab. Lloyd George schilderte diese ganze Entwicklung aus eigener Kenntnis heraus im zweiten Aufsatz seiner Artikelreihe.

Infolge der Weigerung Poincarés befindet sich Belgien in der unerquicklichen Lage eines an die Militärpolitik Frankreichs ausgelieferten Landes. Wie stark dieser Eindruck in England vorherrscht, erhellt aus der Tatsache, daß die britische Regierung niemals von Belgien spricht, sondern ausschließlich von Frankreich als der im Ruhrbecken kriegsmäßig beschäftigten Macht. Die innerpolitische Situation der Brüsseler Regierung ist aber äußerst schwierig, weil der Druck, den Pakt der Rückversicherung mit England herzustellen, merkbar zunimmt und gerade in der kritischen Zeit des Ruhrkrieges zu einer schneidigen Waffe gegen das Kabinett Theunis ausgenutzt wird. Daher die Beteuerung Jaspers, daß Belgien keine politischen Ziele an der Ruhr verfolge.

Die Erklärung, daß Belgien und Frankreich keine Annexionsziele an Ruhr und Rhein betreiben, darf heute nur unter dem strengsten Vorbehalte hingenommen werden. In Pariser Kreisen mißt man nach dem Mitarbeiter der „Dz. N. N." dem Passus eine sekundäre Bedeutung zu, hält dafür, daß er sozusagen für Außenpropaganda bestimmt ist. Für Frankreich handelt es sich jetzt um die Durchführung des Dariacschen Planes, den Poincaré bis zum heutigen Tage noch nicht entkräftet hat. Dieser Plan enthält Entmilitarisierung und wirtschaftliche Loslösung des Rheinlandes von Deutschland.

Was Belgien betrifft, so steht fest, daß für diesen Satelliten der französischen Republik die Entscheidung gekommen ist. Theunis bereitet die englische Vermittlung vor, weil er ohne rechtzeitiges Mittun Englands kein Heil erblickt. Poincaré ist durch den bloc national festgelegt. Zweifellos ist Theunis der Vernünftigere, Poincaré aber der Stärkere. Und die Geschichte zeigt auf Schritt und Tritt, daß die Vernunft fast niemals über die Macht siegt.

Aus dem Besetzungsgebiet.

Verkehrsbeschränkungen in Herne. In Herne hat der kommandierende General neue scharfe Verkehrseinschränkungen angeordnet. Alle Lokale müssen um 9 Uhr geschlossen werden. Die Posten sind angewiesen, sofort zu schießen, wenn mehr als zwei Personen zusammen sind oder wenn jemand auf der Straße stehen bleibt.

Innerhalb des um das Ruhrgebiet gezogenen Zollgürtels ist längs des Rhein—Herne-Kanals eine neue Blockadelinie errichtet worden, in der alle Züge untersucht werden. Dadurch ist ein Teil des Ruhrgebiets gegen den anderen Teil abgeriegelt.

Verbot des Nachtverkehrs mit dem unbesetzten Deutschland. Die interalliierte Rheinlandkommission hat den Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland in der Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten. Das Verbot wird begründet mit den im besetzten Gebiet begangenen politischen Anschlägen.

Elsässische Arbeiter für das Ruhrgebiet. Aus Straßburg wird gemeldet, daß angesichts des dauernden Mangels an Koks, der die Großindustrie Lothringens zum Löschen der meisten ihrer Hochöfen gezwungen hat, diese aus privater Initiative Arbeiter nach dem Ruhrgebiet entsandt habe. Im ganzen soll es sich um 475 Arbeiter handeln, die die auf den Halden der Ruhrbergwerke lagernden Koksmengen verladen sollen.

Ankunft einer japanischen Abordnung. Am Freitag trifft von Paris aus eine japanische Abordnung, bestehend aus dem Vizeadmiral Abo, dem Kapitän Ojusa und dem Korvettenkapitän Sato, im Ruhrgebiet ein, um sich von dem Stande der Dinge persönlich zu überzeugen.

Der Hochverräter-Attentäter festgestellt.

Der Kölner Polizei ist es gelungen, die Persönlichkeit des Mannes, der das Attentat auf Smeets verübte, festzustellen. In seiner Wohnung wurden Papiere gefunden, die seine Täterschaft beweisen. Seine Verhaftung soll unmittelbar bevorstehen. Diese Feststellung ist ein großer Erfolg der Kölner Polizei, da zunächst jeder Anhaltspunkt gefehlt hatte.

Frankreich hat kein Geld für seine Flotte.

Der Kammerausschuß für Äußeres begann am 21. d. Mts. die Erörterung des Abkommens von Washington. Der Berichterstatter, Abg. Guernier, empfahl alles in allem die Ratifizierung des Abkommens. Die Beschränkung der französischen Kampfflotte auf 175 000 Tonnen wird mit dem Bemerken befürwortet, daß Frankreich bei seinen gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten eigentlich sich nicht einmal diese 175 000 Tonnen leisten könne. In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Debatte über das Washingtoner Abkommen werde jedenfalls kurz nach Ostern beginnen. Es sei so gut wie sicher, daß das Abkommen ratifiziert werde.

Sozialistenkonferenz in Paris.

In Paris fand kürzlich die angekündigte Konferenz der englischen Arbeitervertreter und der sozialistischen Vertreter Frankreichs, Italiens und Belgiens statt. In den Verhandlungen, die in der französischen Deputiertenkammer abgehalten wurden, nahmen von englischer Seite Macdonald, Henderson und andere teil. Von italienischer Seite waren drei sozialistische Abgeordnete anwesend, von belgischer Seite nahmen teil Vandervelde und Hyzman, von französischer Seite Leon Blum, Renaulde und Longuet. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Konferenz von Vertretern der Arbeiter und sozialistischen Parteien der französischen, belgischen, italienischen und englischen Parlaments erklären:

1. Daß eine Lösung des Reparationsproblems und der Frage der internationalen Sicherheit für den friedlichen Wiederaufbau Europas unerläßlich ist, daß aber diese Lösung keinerlei politische Hintergedanken haben dürfe, wie z. B. den Gedanken einer Gebietsabtretung oder der künstlichen Schaffung von Pufferstaaten.

2. Daß die gegenwärtige Okkupationspolitik im Ruhrgebiet keine Lösung der genannten Probleme enthält und daß diese Politik, wenn sie zu der unvermeidlichen Krise fortgeführt werden sollte, die wirtschaftlichen und politischen Gefahren nur verstärken würde, die über den Völkern Europas schweben.

3. Daß die Eitelkeit aller Regierungen im gegenwärtigen Augenblick ein Hindernis für die Anbahnung von Verhandlungen bildet.

Aus diesen Gründen ernennt die Kommission eine Abordnung von 4 Mitgliedern, mit je einem Mann von jedem Lande, die die Aufgabe hat, mit der deutschen Sozialdemokratie in Verbindung zu treten und mit ihr über die Anwendung des Frankfurter Programms in der gegenwärtigen Lage und über die Bedingungen, unter denen die nationalen Sicherheiten gewährleistet werden können, zu verhandeln. Die jetzige Konferenz vertagt sich auf den 29. März, bis wann sie entweder in Paris oder in Brüssel den Bericht der ernannten Abordnung entgegennehmen wird.

Englands Luftmacht.

Im Oberhause lenkte der Earl of Birkenhead die Aufmerksamkeit auf das Verhältnis der Luftwaffe Britanniens und der Frankreichs. Am Ende des Krieges habe ein allgemeiner Wunsch nach allgemeiner Abrüstung bestanden. Britannien habe das als erste Macht bewiesen durch Abrüstung seines großen Heeres. Die Folge davon ist, daß die Friedensstärke des französischen Heeres mehr als die dreifache Stärke des englischen Heeres betrage. Während ferner Großbritannien 371 Luftfahrzeuge im Dienste habe, habe Frankreich 1260. 1925 würden die Ziffern entsprechend 575 und 2180 sein. England könne in den nächsten 3—5 Jahren ebensowenig mit seiner jetzigen Unterlegung in der Luft sich zufrieden geben, wie es in den Vorkriegsjahren mit einer Flottenunterlegenheit einverstanden war. Für die Regierung antwortete der Herzog Southerland. Er erinnerte daran, daß Lord Birkenhead Mitglied des Ausschusses war, der 1920 das allgemeine Axiom aufstellte, und daß angesichts der allgemeinen Lage in Europa ein größerer Krieg für die nächste Zeit unwahrscheinlich sei. Wenn das jetzige Kabinett beschließe, daß das Axiom nicht mehr gelte und wenn der Verteidigungsausschuß, der jetzt die ganze Angelegenheit prüfe, der gleichen Ansicht sei und die jetzigen Umstände eine große Luftmacht forderten, so sei es wohl möglich, daß eine größere Luftmacht aufgestellt würde.

„Daily Chronicle" bezeichnet die Ausgaben für das Luftwesen im Verhältnis zu den anderen Waffen noch als lächerlich und sagt, dieser Zustand könne nicht andauern angesichts der Tatsache, daß die Gefahr eines Luftangriffes schon jetzt größer sei als eines Angriffes zur See oder zu Lande. Es werde nicht lange dauern, und England werde genötigt sein, für seine Luftstreitkräfte mehr auszugeben als für Heer und Flotte zusammen.

Englands Arbeit im Osten.

Poincaré ist bekanntlich seit langer Zeit bemüht, in Osteuropa einen unbedingt franzosenfreundlichen Block zu schaffen, der aus der kleinen Entente, Polen und den baltischen Randstaaten bestehen soll. Als er jedoch von mehreren Staaten dieser Gruppe Gefolgschaft verlangte, bald nach Beginn der Ruhrbesetzung, wurden seine Hoffnungen enttäuscht. In letzter Zeit sieht man auch England am Werke, um in diesen Staaten Sympathien zu erwerben und sie von der Bahn der französischen Politik abzulenken. Nach dem Londoner Korrespondenten des „Echo de Paris" hat England die Absicht, Polen, die Tschechoslowakei und Rumänien zu einem gemeinsamen Abkommen zu veranlassen, das den Frieden im Osten garantieren soll. Die Anerkennung der Ostgrenze Polens auch durch England, die wohlwollende und optimistische Beurteilung Polens und der Tschechoslowakei durch Lord Curzon in einer kürzlich gehaltenen Rede und jetzt wieder anläßlich des Besuchs Skrzyńskis in Paris, wo er fortwährend von dem „großen und starken Polen" sprach, weisen darauf hin, daß England jetzt besonderen Wert auf ein Sympathieverhältnis mit diesen Staaten legt. Auch im Orient, in Vorderasien, ist die englische Propaganda am Werke. Bekanntlich verlangt die Türkei von England die Räumung des Mossulgebietes, das von Türken bewohnt ist. Frankreich gewährt England in dieser Frage eine schwache und nur scheinbare Unterstützung. Um in dieser Beziehung einen Druck ausüben zu können, fördert wieder England die türkischen Bestrebungen, die auf Abschüttelung des französischen Mandates in Syrien gehen. Die französische Presse verzeichnet mit großer Aufregung die Anzeichen des beginnenden türkischen Widerstandes in Syrien. Jetzt bereut wohl Frankreich das voreilige Triumphgeschrei beim Siege Kemal Paschas, den man in einseitiger Betrachtungsweise als Sieg der französischen Politik über die englische ansieht. England wußte den Schlag zu parieren und sagte: Wenn wir Mossul verlieren, so soll auch Frankreich Syrien los werden. Die englische Diplomatie arbeitet, wie man sieht, in aller Welt langsam, aber sicher und weit geräuschloser als die französische dem Poincarismus entgegen.

Syrischer Protest gegen Frankreich.

Eine Abordnung der türkischen Bevölkerung aus den Gebieten von Antiochia und Alexandrette wurde, nach einer Londoner Meldung, in Adana von Mustafa Kemal Pascha empfangen und übermittelte ihm einen Protest gegen die Unterdrückungen der Türken in Syrien durch die Franzosen. Kemal Pascha erwiderte, eine türkische Heimstätte, die seit fünf Jahrhunderten bestehe, dürfe nicht in den Händen von Ausländern verbleiben. Die Abordnung veranstaltete in Adana zahlreiche Kundgebungen.

Sowjetrußland.

Das Verfahren gegen katholische Geistliche.

Im Moskauer Prozeß gegen polnische Geistliche wurde am Donnerstag ein Beamter aus Petersburg namens Smirnow vernommen. Er sagte über einen Zwischenfall mit einem katholischen Geistlichen aus, der den Zutritt zum Tabernaculum auf dem Altar verwehrt hatte. Zeuge sagt aus, daß die Menge der Gläubigen, die den Geistlichen umgab, die Sowjetbeamten nicht zum Altar zugelassen habe und man deshalb gezwungen gewesen sei, Gewalt anzuwenden.

Der deutsche Bankenverband gegen eine Festmarkverrechnung.

Die Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens durch die in den letzten Wochen vor der Stabilisierungsaktion der Reichsbank in die Erscheinung getretene katastrophale Kursschwankung hat eine ganze Reihe von Bemühungen gezeitigt, zur Festmark-Verrechnung zu gelangen. Im Zusammenhang mit den Beratungen über die Einführung eines Goldagio- und Golddepositenverkehrs bei den Banken hat nun auch der Zentralverband des deutschen Bankgewerbes Stellung genommen. Der Verband hat nach eingehender Prüfung unter Zuziehung auch auswärtiger Bankfachverständigen einen ablehnenden Beschluß gefaßt, folgenden Wortlauts:

Die Bankwelt ist bereit, wenn der Zeitpunkt hierzu gekommen ist, an einer Stabilisierung der deutschen Währung mit allen Kräften mitzuwirken, und beklagt es aufs tiefste, daß dieser Zeitpunkt durch den feindlichen Einfall ins Ruhrgebiet in die Ferne gerückt ist. Ernstlich warnen muß der Zentralverband aber davor, daß gegenwärtig, noch ehe die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen dafür geschaffen sind, an die Einrichtung von Goldmarkkonten, d. h. Gutschriftkonten in einer gar nicht existierenden Währung, gegangen wird, für die die kontenführende Bank die Deckung aller Voraussicht nach doch nur durch Dollarkäufe beschaffen könnte. Vor Eintritt dieser Voraussetzungen muß der Zentralverband seinen Mitgliedern aufs entschiedenste abraten, dem Drängen nach Einrichtung derartiger Konten nachzugeben, da er hierfür größte wirtschaftliche Gefahren fürchtet.

Die Stellungnahme der Fachkreise und der Presse zu diesem ablehnenden Verhalten der Bankorganisationen ist sehr verschieden. Während die „Voss. Ztg." betont, daß die Bankwelt den Zeitpunkt und die Voraussetzungen für eine Stabilisierung der deutschen Währung mit Recht für noch nicht gegeben erachtet, wird der Beschluß vom „Berl. Tagebl." sehr bedauert. Das Blatt weist darauf hin, daß die Einrichtung von Goldmarkkonten gerade von führenden Organisationen der Industrie und des Handels verlangt wird, daß die Sparkassen sich bereits mit praktischen Vorarbeiten dafür beschäftigen und daß endlich mit einer unproduktiven Stellungnahme, die nur auf den Erfahrungen der Vergangenheit beruht, gebrochen werden muß.

Doch bedeutet der Beschluß der Bankenorganisation nicht etwa eine Stillegung der Bestrebungen, die auf die Schaffung der Festmarkkonten hinzielen. Gleichzeitig wird gemeldet, daß unter der Firma Deutsche Festmark-Bank, G. m. b. H., Berlin, ein neues Bankunternehmen begründet wurde, das sich in erster Linie der Finanzierung wertbeständiger Anleihen und dem kurzfristigen wertbeständigen Anlageverkehr widmen wird.

Inzwischen setzt sich die Anpassung der deutschen Unternehmungen an die Geldentwertung noch immer fort, da der Ausgleich selbst bei dem heutigen Dollarstande von ca. 20 000 Mark für den Dollar noch nicht erreicht ist. In der letzten Generalversammlung der Deutschen Bank machte ein Direktionsmitglied in Verbindung mit der vorgeschlagenen Kapitalserhöhung um 700 Millionen Mark die bemerkenswerte Mitteilung, es sei kürzlich vorgekommen, daß ein einzelner Kunde der Bank die Festlegung von Mitteln erforderlich machte, die das Aktienkapital und die Reserven überstiegen.

Deutsches Reich.

7 Billionen-Defizit des Deutschen Reiches.

Aus Berlin meldet W. T. B.: Im Reichsrat wurde beim Einbringen des 12. Nachtragsetats seitens des Berichterstatters ausgeführt: Der Gesamtfehlbetrag des Reichshaushalts beträgt für 1922 ca. 7 Billionen Mark. Seit dem Herbst ist er um 6,2 Billionen gestiegen. Er verteilt sich mit 2,8 Billionen auf die allgemeine Reichsverwaltung, mit einer Billion auf die Betriebsverwaltungen und mit 3,1 Billionen auf den Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages. Im Haushaltsgesetz ist eine Anleiheermächtigung von 4,4 Billionen Mark enthalten. Der Ausgleichsfonds im ordentlichen Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages hat um 2,3 Billionen erhöht werden müssen. Die Ausgaben für die Besatzungstruppen sind infolge der Geldentwertung und Überteuerung um 82 Milliarden Mark, die Reparationssachleistungen um 800 Millionen Mark, die Ausgaben für die Einlösung der seinerzeit an Belgien gegebenen Schatzwechsel auf 1,3 Billionen Mark, die Kosten der Reparationskommission um 76,5 Milliarden Mark gestiegen.

Der Reichskanzler nach München abgereist.

Der Reichskanzler ist Mittwoch abend nach München abgereist. Vorher empfing er noch die Fraktionsführer des Reichstages, um ihnen Mitteilung über den Inhalt der Rede zu machen, die er Donnerstag abend im Münchener Rathaus hält.

Höllein droht mit Hungerstreik.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein, der in Paris verhaftet ist, hat vor dem Untersuchungsrichter erklärt, daß er von heute an den Hungerstreik beginnen werde, wenn er nicht in die politische Abteilung des Gefängnisses übergeführt werde.

** **Sanierung des Berliner Zoo.** In der Generalversammlung des Aktienvereins des Berliner Zoologischen Gartens wurde zwecks Sanierung des sich in großer finanzieller Kalamität befindlichen Unternehmens beschlossen, einen Teil des Randgeländes des Gartens gegenüber der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Erbbaupacht zu geben. Durch diese Aktion hofft man, den Zoologischen Garten endgültig aus seiner Notlage zu befreien. Es liegen bereits eine ganze Reihe ernsthafter Pachtangebote für das Gelände vor. Der Zoo wird am Sonntag wieder dem öffentlichen Verkehr übergeben werden.

** **Die Hundeschlächterei kommt immer mehr in Blüte.** In fast allen deutschen Städten gibt es Personen, die vom Kauf und Verkauf von Hunden zu Schlachtzwecken leben. Diese Hunde-Viehhändler betreiben ihr Geschäft neuerdings im großen. In verschiedenen erzgebirgischen Zeitungen (Sachsen) war dieser Tage folgende Anzeige zu lesen: „Große, fette Hunde zum Schlachten zu kaufen gesucht. Zahle bis zu 100 000 Mark."

** **Die Wünsche der Landwirtschaft.** Der Reichskanzler empfing Dienstag in Anwesenheit des Reichsernährungsministers und des Reichswirtschaftsministers die Führer des Reichs-Landbundes, die ihm unter Darlegung der aus dem derzeitigen Umlageverfahren sich ergebenden Härten für die Landwirtschaft wie der Gefahren für die Volksernährung die Wünsche der Landwirtschaft nach baldiger Entscheidung über die Wirtschaftform des neuen Erntejahres vortrugen.

** **Die religiöse Frage auf dem Leipziger Demokratentag.** Im Mittelpunkt des Leipziger Kulturtags der Demokraten stand ein vielbeachteter Vortrag von Frau Dr. Gertrud Bäumer über Religion und Kultur. Es verdient in der Tat als charakteristisches Zeichen für die sich anbahnende neue Wertung der religiösen Kräfte in unserer Zeit ernsteste Beachtung, daß nicht nur bei Besprechung der Kultur- und Bildungsfragen immer wieder ein religiöser Ton angeschlagen, sondern das Verhältnis des demokratisch orientierten Menschen zu Religion und Kirche grundsätzlich von einer führenden Seite erörtert wurde. Die außerordentliche Lage unseres deutschen Volkes — führte die Rednerin aus — fordere gegenüber allen relativen Gütern einer diesseitigen und oft so oberflächlichen und literatenhaften Kultur das Zurückgehen auf ein Unbedingtes als Quelle der Kraft. Nur durch das Urerlebnis des Göttlichen finde der Mensch seine Stellung in der Welt. So sei heute wieder ein Bedürfnis nach Religion vorhanden. Von der Kirche als Hüterin der historischen Religion, die dies Sehnen zu erfüllen berufen ist, forderte die Rednerin Einstellung auf das innige Verhältnis des germanischen Menschen zur Natur und Schaffung neuer Kulturformen, die neues Gemeinschaftserleben ermöglichen.

Freistaat Danzig.

Beratungen der Reparationskommission über Danzig

Die Reparationskommission ist am 21. März zusammengetreten und hat sich mit den finanziellen Lasten befaßt, die der Stadt Danzig auf Grund der Artikel 254 und 266 des Versailler Vertrages auferlegt worden sind. Sie hat keinen Beschluß gefaßt.

Aus aller Welt.

Die Waffenindustrie der Tschechoslowakei arbeitet sehr eifrig für verschiedene andere Staaten. In dem Europa, dem der große Charlatan Wilson ein neues Zeitalter ohne Krieg verhieß, rüstet ja noch immer ein Nachbar gegen den anderen, heimlich oder öffentlich. Andere Staaten nutzen dies aus, indem sie bald diesem, bald jenem, unter Umständen auch zwei Gegnern zugleich die Waffen schmieden. Italien und Südslawien stehen sich bekanntlich wegen der dalmatinischen Küste und Fiume sehr gespannt gegenüber. Beide rüsten, beide werden von der Tschechoslowakei, die vom alten Österreich die trefflichen Skodawerke in Pilsen geerbt hat, mit neuen Waffen versehen. Wie aus Prag verlautet, haben die Skodawerke einen großen Auftrag auf 30,5 Zentimeter-Mörser für Italien auszuführen. Von anderer Seite verlautet, daß zu gleicher Zeit große Munitionstransporte aus der Tschechoslowakei nach Südslawien gehen. Ihre Durchfahrt durch österreichisches Gebiet ist bisher reibungslos vonstatten gegangen.

Rumänien will den Rest der Wrangel-Truppen abschieben. Aus Bukarest wird gemeldet, daß der rumänische Ministerrat den Abtransport aller auf dem rumänischen Territorium noch übriggebliebener Abteilungen der Armee des Generals Wrangel nach Rußland beschlossen habe, und das aus dem Grunde, weil die verbündeten Mächte eine weitere Bezahlung der Unterhaltskosten dieser Truppen verweigerten.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat April 1923

Name

Wohnort

Poststation

Straße

Der Marienburger Mord vor dem Elbinger Schwurgericht.

* Elbing, 20. März. Der Mord an der Frau Reiß gelangte vor dem Schwurgericht in Elbing zur Verhandlung. Die Anklage richtete sich gegen den früheren Schriftleiter der „Marienburger Zeitung". Joseph Herbert Reiß, der im Verdacht steht, in der Nacht zum 11. Juli v. Js. seine Frau ermordet zu haben. Schon lange vor Beginn der Verhandlung war der Zuschauerraum besetzt, Hunderte warteten vergeblich auf Einlaß. Landgerichtsdirektor v. Löfen führt den Vorsitz, beisitzende Richter sind Landgerichtsrat Deutschkron und Gerichtsassessor Flatow. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Trint. Die Verteidigung liegt in den Händen von Rechtsanwalt Kroll-Marienburg. Der Verhandlung wohnte Landgerichtspräsident Schmidt bei.

Der Angeklagte Reiß macht einen guten Eindruck, sieht aber äußerst blaß aus. Auf Befragen des Vorsitzenden gibt Reiß folgende Angaben über seinen Lebenslauf: Am 5. Dezember 1898 wurde er zu Ludwigshafen geboren, er besuchte die Volksschule und das dortige Gymnasium. Später kam er in das Gymnasium zu Meppen. Er wohnte im dortigen Kloster-Seminar. Dann besuchte er das Lehrerseminar in Speyer, aus dem er wegen schlechter Führung entlassen wurde. 1915 trat er als Lehrling in eine Gießerei ein, bis er 1917 zur Artillerie nach Landau eingezogen wurde und den Krieg an der Ost- und Westfront mitmachte, wo er auch das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielt. 1918 wurde er entlassen und trat als Redaktionsvolontär in Neustadt a. d. H. in eine dortige Zeitung ein. 1919 siedelte er nach Buer in Westfalen über, wo er eines Mädchens wegen einen Selbstmordversuch unternahm. Die Mädchen spielen in seiner Vergangenheit überhaupt eine große Rolle. Stellung als Redakteur fand er dann in Mühlhausen in Thüringen und schließlich in Herford, wo er auch seine Frau kennen lernte. Schon damals war er starker Zigaretten- und Opiumraucher. Obwohl Reiß Katholik war, gab er seinen Schwiegereltern gegenüber an, evangelisch zu sein. Sein Alter setzte er um fünf Jahre herauf, indem er angab, 1893 geboren zu sein. Dies will Reiß getan haben, um bei seiner Anstellung und Brautwerbung mehr Chancen zu haben. Den Doktortitel und Leutnantsrang hat er auf dringenden Wunsch seiner Frau angenommen, um deren Eltern zur Einwilligung der Ehe gefügiger zu machen, und aus dem gleichen Grunde hat er das E. K. 1 und andere Orden angelegt. Das Eheleben führte zu eingehenden Verhandlungen. Schon als Bräutigam hat er seiner Braut den Verlobungsring vor die Füße geworfen, weil sie sich gezankt hatten. Darauf wird die Öffentlichkeit der Verhandlung auf eine Zeitlang ausgeschlossen, um die Krankheiten der Eheleute zu erörtern. Beide waren nämlich kurz nach der Hochzeit erkrankt, und zwar erst die Frau und später er selber. Bei der weiteren Verhandlung kommt die finanzielle Kalamität des Angeklagten zur Sprache, in der er sich dauernd befand. Sein Gehalt war sehr gering, und Vermögen besaß seine Frau nicht. Das Geld zum Begräbnis mußte er sich leihen. Recht sonderbar war es, daß er die Möbel, die seiner Frau gehörten, trotz energischen Einspruchs seines Schwiegervaters für 160 000 Mark verkaufte, obwohl er die Absicht geäußert hatte, nicht von Marienburg fortzugehen. Recht auffällig ist es, daß er zu einem Bekannten gesagt hat: „Heirate nur nicht, bleibe Junggeselle." Diese Äußerung bestreitet Reiß.

Im weiteren Verlaufe wurde der von Reiß verfaßte Bericht über die Mordtat in der „Marienburger Zeitung" und seine Stellung zu den Linksparteien erörtert.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 23. März.

Namensunterschrift und Fingerabdruck bei den Kontrollversammlungen.

Die „Deutsche Rundsch." schreibt: Bei den zurzeit abgehaltenen militärischen Kontrollversammlungen ist eine neue Methode eingeführt worden. Nach Feststellung seiner Personalien muß jeder Reservist seine Personalbeschreibung unterschreiben und dazu einen Abdruck des Daumens der linken Hand geben. Über diese Neuerung wird vielfach gespottet, sie geschähe wegen Mangels an Stempeln usw.; andere Leute wollen wieder wissen, daß diese Listen mit den Daumenabdrücken an die Kriminalabteilung weitergegeben werden, die dadurch in den Stand gesetzt werden soll, verschiedene lange gesuchte Verbrecher ausfindig zu machen. An maßgebender Stelle haben wir uns nach dem Zweck dieses Verfahrens erkundigt und erfahren darüber folgendes: Noch nie waren so viele Militärpapiere verloren gegangen, wie gerade in Polen nach dem Kriege gegen die Bolschewisten. Es hat sich nun herausgestellt, daß die wenigsten ihre Papiere wirklich verloren hatten. Viele, sehr viele sogar täuschten nämlich den Verlust ihrer militärischen Ausweispapiere nur vor, um sich dadurch bessere Chancen zu verschaffen. Sie meldeten sich, nachdem der „Verlust" in einer Zeitung bekanntgegeben war, beim zuständigen P. K. U. (Bezirkskommando) und ließen sich bei Neuausfertigung ihrer Papiere einen Grad höher schreiben. Da die Bezirkskommandos noch nicht im Besitz vollständiger und lückenloser Personalnotizen sämtlicher Militärpersonen waren und aus diesem Grunde manche Beförderung usw. noch nicht nachgetragen war, so konnten die Antragsteller leicht neue Papiere mit gleichzeitiger „Beförderung" erhalten. Selbstverständlich sprach sich dieses herum, und andere versuchten die „Sache auch so zu schieben". Diesen Betrügereien ist jetzt ein Damm vorgeschoben, denn nach dem Daumenabdruck, der sowohl auf den Militärpaß, wie auf die beim Bezirkskommando verbleibende Liste gesetzt werden muß, läßt sich jede Angabe sofort auf ihre Richtigkeit nachprüfen.

Lesestoff für Blinde und Schwachsichtige.

Der Evangelische Verein für kirchliche Zwecke ist infolge einer hochherzigen Spende in der Lage, für Kriegsblinde und für solche, die durch den Krieg in ihrer Sehkraft geschädigt sind, unentgeltlich für die kommenden Festtage (Ostern, Pfingsten usw.) Bibelteile und gute Unterhaltungsschriften in Blindenpunktschrift (Vollschrift und Kurzschrift), sowie in Grobschrift abzugeben. Es wird nur um Ersatz der Verpackungskosten und des für Blindenschriftsendungen ermäßigten Portos gebeten. Um die richtige Auswahl zu erleichtern, wird um die Äußerung bestimmter Wünsche oder um eine kurze Charakteristik des Betreffenden gebeten. Gesuche sind durch das zuständige Pfarramt zu richten an den Evangelischen Verein für kirchliche Zwecke, vereinigt mit dem Berliner Hauptverein für Innere Mission, Berlin S. 42, Oranienstraße 69, Quergebäude 1.

Zusammenkunft polnischer Schafzüchter.

Eine durch die Pommerellische Landwirtschaftskammer veranstaltete Zusammenkunft sämtlicher Schafzüchter Polens tagte am 12. und 13. März d. Js. im Artushofe zu Thorn. Zu dieser Tagung waren weit über hundert Züchter erschienen. Zum Leiter der Versammlung wurde der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, Dr. Esden-Tempski, gewählt. Es wurden mehrere Vorträge über die Hebung der Schafzucht gehalten und sodann beschlossen, eine chemische Reinigungsanstalt für Schafwolle zu gründen. Ferner wurde eine Entschließung dahin angenommen, nur folgende Rassen zu züchten: Merinos, Precos, Rambouillet und Nagretti, außerdem das sog. „Bauernschaf", ein Abstamm von Merino und Rambouillet, das bekanntlich die weichste Wolle liefert. Zum Schlusse wurde angeregt, die Weiden für Schafe zu verbessern und nahrhafte Gräser und Klee auf die Wiesen zu säen. Die erwähnte Reinigungsanstalt für Schafwolle soll in Thorn gegründet werden.

Oster- und Karfreitagsurlaub in der Armee. Nach einer Mitteilung des „Przegląd Wieczorny" werden 10 Prozent der Militärs aller Bekenntnisse, die in der Osterzeit ihre Feste haben, Festurlaub erhalten. Außerdem werden die evangelischen Soldaten am Karfreitag von schwerem Dienst befreit sein.

Schulversäumnisstrafen. Das Ministerium hat angeordnet, daß für jeden Tag der ungerechtfertigten teilweisen oder vollständigen Schulversäumnis die Geldstrafe die Höhe von 6000 Mark erreichen kann.

Verwendung von Postkarten privater Auflage. Die Post- und Telegraphendirektion bittet uns folgendes mitzuteilen: Im Binnenverkehr und Auslandsverkehr ist die Verwendung von Postkarten privater Auflage gestattet, obwohl sich diese Karten durch ihre Größe und das Material von der Postauflage unterscheiden. Um jeden Zweifel über die Frankierung solcher Karten zu beseitigen, sei gesagt, daß nach § 16 der Ausführungsbestimmungen zur Weltpostkonvention Postkarten privater Auflage nicht kleiner sein dürfen, als 7 cm breit und 10 cm lang und nicht größer als 9 cm breit und 14 cm lang. Die Aufschrift „Karta Pocztowa" kann fortfallen. Die Postkarten müssen aus Karton- oder Hartpapier hergestellt sein, damit sie nicht die Postprozedur erschweren. Karten, die den genannten Anforderungen nicht entsprechen, werden als Briefe betrachtet und mit einer Zusatzgebühr belastet.

X **Das Kuratorium des Deutschen Gymnasiums** hat die Einführung der Schuldgeldzahlung nach dem Roggenwerte vom 1. April d. Js. ab beschlossen, und zwar soll für einen Monat der Wert eines Zentner Roggens bezahlt werden. Für den Monat April würde das 59 000 M. betragen.

Alle Unfälle in landwirtschaftlichen Betrieben müssen umgehend der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft angemeldet, Anträge auf Unterstützung müssen gleichfalls sofort gestellt werden. Die Berufsgenossenschaft zahlt für Versicherte im Falle der Krankenhausbehandlung den niedrigsten Satz. Wer in einer höheren Klasse behandelt werden will, kann dies auf eigene Kosten veranlassen.

Frischerhalten von Kartoffeln. Um das lästige Keimen zu verhindern, das die Saftlosigkeit und das Zusammenschrumpfen der Erdfrüchte veranlaßt, schneide man mit einem spitzen Messer die Augen der Kartoffeln aus. Dies geschieht am besten in der Zeit Februar, März, auch schon eher, bevor die Augen tiefer in die Frucht hineinwachsen. Das Verfahren schadet den Kartoffeln gar nicht, nur hüte man sich zu tief zu schneiden. Es genügt, wenn nur der Keim, das Auge, zerstört ist. Sicherer Erfolg wird die Mühe dieser Arbeit bezahlt machen, um so mehr, da man ja nur die für Mai—Juni bestimmte Menge derartig zu behandeln braucht.

Wohnungen für die 3. Posener Messe. Wie uns das Posener Messeamt mitzuteilen bittet, nimmt das Wohnungsbureau (Plac Sapieżyński 10 (fr. Sapiehaplatz) Anmeldungen von Zimmern für auswärtige Interessenten der dritten Posener Messe entgegen. Ein Zimmer wird während der Messe 10 000 bis 15 000 M. den Tag kosten, mit der Bestimmung, daß das Zimmer zum mindesten auf 2 zahlbare Tage abgegeben wird. Da eine sehr zahlreiche Beteiligung auswärtiger und ausländischer Interessenten in Aussicht steht, wird der Wohnungsbedarf sehr groß sein.

Die 101. Zuchtviehversteigerung der Danziger Herdbuchgesellschaft findet am 18. April d. Js. in Danzig-Langfuhr statt. Angemeldet sind 120 Bullen, 150 Kühe und Färsen, sowie rd. 100 Zuchtschweine. Auf der letzten Versteigerung waren die Preise sehr niedrig, besonders dürften Bullen bei der großen Zahl der gemeldeten Tiere sehr preiswert zu kaufen sein. Verladung erfolgt durch die Herdbuchgesellschaft, Danzig, Sandgrube 21, die auch ab 5. April kostenlos die Verkaufsverzeichnisse versendet.

X **Überraschend schnell wieder zu seinem Eigentum gelangt** ist gestern auf dem hiesigen Bahnhof ein Fahrgast 4. Klasse, dem, während er eingeschlafen war, ein großer Reisekorb samt Inhalt gestohlen worden war. Als er seinen Verlust auf dem Bahnhofskommissariat anmeldete, konnte ihm sein Eigentum sofort wieder zurückgegeben werden, das dem Diebe von einem Schutzmannsposten inzwischen wieder abgejagt worden war, als dieser mit dem Korbe in der Richtung nach Lazarus zu das Bahngleis überschreiten wollte. Als der Dieb nämlich bemerkte, daß ihm der Schutzmann auf den Fersen war, entledigte er sich seiner Beute und eilte davon. So kam der Bestohlene sehr schnell wieder in den Besitz seines Korbes.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Einem Manne wurde gestern ein fast neuer Herrenpelz mit braunem Tuchüberzug und Lederknöpfen, innen braunem Schafpelz, der Kragen Bisampelz, die Aermel mit grau-schwarzgestreiftem Wollfutter versehen, abgenommen, weil er vermutlich gestohlen worden ist. Er kann im Zimmer 23 der Kriminalpolizei in den Dienststunden von 8—3 Uhr besichtigt werden.

X **Ein großer Einbruchsdiebstahl** wurde gestern in einer Wohnung des Hauses ul. Niegolewskich 16 (fr. Augustastr.) verübt, indem dort eine goldene Herrenuhr der Firma Schafhausen, eine silberne Zigarettentasche, ein brauner Herrenanzug und eine Damenpelerine im Gesamtwerte von fünf Millionen Mark gestohlen wurden.

X **Festgenommen** wurden gestern zwei wegen verschiedener Straftaten gesuchte Personen, drei Personen wegen Unterschlagung bzw. Betruges, zwei Betrunkene und 9 Dirnen wegen Übertretung der sittenpolizeilichen Vorschriften.

---

* **Bojanowo,** 20. März. Donnerstag abend wurde in die Wohnung des Glasermeisters Groth eingebrochen und der sämtliche Inhalt des Wäscheschrankes gestohlen. Selbst die schmutzige

---

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(54. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Der Komponist stand noch reichlich unter dem Einfluß der Pfeife Haschisch, die er am Abend vorher noch ganz spät geraucht hatte; aber Ruths sichtliche Verzweiflung bewegte ihn so, daß er alle Schwäche überwand und Ruth versprach, unverzüglich die Wanderung nach der oberen Hochalm anzutreten. Dazu schärfte Ruth ihm noch ein, daß er von dort noch nach dem Observatorium hinaufsteigen müßte, falls Fernleitner etwa die Hütte verlassen hätte und zu seinem Freunde Völker gegangen wäre.

Als sich die Türe hinter Wildenbrunner geschlossen hatte, verfiel Ruth wieder in dumpfes Brüten. Ängstlich erwog sie, welchen Eindruck der Brief wohl auf Fernleitner machen würde. Sie kam sich so entweiht und entwürdigt vor, daß sie mit einem Male die quälende Befürchtung hegte, Fernleitner würde ihr nie verzeihen und nie vergessen können, was sie ihm damit angetan hatte.

Tränen der Scham und Reue benetzten ihr Antlitz und ein so wildes Schluchzen erschütterte ihren Körper, daß sie das Klopfen gar nicht hörte, das sich an ihrer Tür bemerkbar machte.

Erst als der Zimmerkellner stärker pochte, rief sie: „Herein!" und nahm mit einem seltsamen Gemisch von Verwunderung und Abscheu die Meldung entgegen, daß Graf Broighem um den Vorzug bäte, sie sprechen zu dürfen.

Eine kurze Weile bedachte sie sich, dann wies sie den Wartenden an: „Melden Sie dem Grafen, daß ich lebhaft bedaure, ihn nicht empfangen zu können."

Ein tiefes Gefühl von Befriedigung erfüllte sie, als sie diese Absage erteilte. Freilich sagte sie sich, daß sie sich damit möglicherweise einen Freund verscherzt hatte, der zu ihr stand, wenn Fernleitner die Hand von ihr abzog; aber gleichzeitig fühlte sie auch die Unmöglichkeit, mit einem Manne Freundschaft zu halten, der sie aus elender, selbstischer Genußsucht und mit kühler Berechnung und Ausnutzung ihrer Willenlosigkeit um ihr Lebensglück betrogen hatte.

Während sie noch diesen Gedanken nachging, klopfte es abermals, und auf ihren Anruf erschien der Kopf Vogelreuthers unter der Tür, der höflich fragte, ob es ihm gestattet sei, einzutreten. Ruth nickte Gewährung.

„Warum haben Sie den Grafen nicht vorgelassen?" begann Vogelreuther das Gespräch.

„Ich kann und will ihn nicht sehen!" rief Ruth voll Heftigkeit. „Und wenn Sie vielleicht lediglich als sein Vermittler kommen, dann ist es eben so gut, Sie gehen wieder!"

„Nur Ruhe, Ruhe!" suchte Vogelreuther die Aufgeregte zu begütigen.

„Ich komme weder als Vermittler, noch im Auftrage des Grafen. Aber als Ihr guter Freund möchte ich doch einmal mit Ihnen darüber sprechen, was nun, nach Ihrem Bruch mit Fernleitner, aus Ihnen werden soll."

Ruths Antlitz wurde noch um einen Schein blässer. „Sie betrachten den Bruch also schon als vollzogene Tatsache?" forschte sie ängstlich.

„Nach dem, was mir Broighem erzählt hat, ist daran wohl kaum zu zweifeln!" erwiderte der Generaldirektor. „Und darum bin ich eben zu Ihnen gekommen, um mit Ihnen vernünftig über die Sache zu reden!"

In Ruths Kopf wirbelten die Gedanken. „Sie kommen vermutlich bereits mit einem fertigen Plan?" forschte sie, ihre Augen fest in die Vogelreuthers bohrend.

„Gewiß!" nickte dieser und hielt ihren Blicken stand. „Ich wollte Sie fragen, ob Sie wohl bereit sein würden, sich von mir für die Wintermonate fest als Tänzerin verpflichten zu lassen?"

Sie überlegte. „Wie oft hätte ich da zu tanzen?" fragte sie dann.

„Etwa zwei- oder dreimal in der Woche!" beschied er sie.

„Und Ihre Bedingungen? erkundigte sie sich.

„Vor allem freie Wohnung und Verpflichtung im Hotel, genau wie alle anderen Gäste, und außerdem noch ein Honorar, über dessen Höhe wir uns noch verständigen werden!"

„Und was erwarten Sie sonst von mir, wenn ich ja sage?" fragte sie hart, und wieder hefteten sich ihre Blicke durchbohrend in die seinen.

„Ich verstehe Sie nicht!" wich Vogelreuther aus.

„Dann möchte ich Sie, um ja keinen Zweifel zuzulassen, auf gut Deutsch fragen, welches Verhalten den Gästen gegenüber Sie von Ihrer Tänzerin erwarten?"

„Nun verstehe ich Sie erst recht nicht!" erwiderte er brüsk. „Mein Hotel ist ein anständiges Haus, Frau Fernleitner!"

„Daran zweifle ich nicht!" erwiderte sie spöttisch. „Aber es wäre mir trotzdem lieb, auf meine Frage eine ganz klare Antwort zu bekommen!"

Unwillig erhob er sich. „Nun denn, mein Fräulein," beschied er sie kühl, „Sie können Ihre Beziehungen zu meinen Gästen einrichten, wie es Ihnen beliebt!"

„Auch meine Beziehungen zu dem Grafen Broighem?" forschte sie.

„Auch die!" nickte er. Ich erwarte lediglich, daß Sie ihn nicht vor den Kopf stoßen!"

„Und wenn ihn meine Ablehnung seiner Zudringlichkeiten vor den Kopf stößt!" fragte sie unerbittlich weiter.

„Für seine Zudringlichkeit trifft ihn selbst die Verantwortung," versprach ihr Vogelreuther. „Aber ich finde, wir verlieren uns hier in Weitläufigkeiten. Wollen Sie abschließen mit mir oder nicht?"

„Ich will Ihnen etwas sagen, Herr Vogelreuther!" erwiderte sie ihm mit überlegener Ruhe. „Ich erwarte diesen Vormittag noch einen Bescheid von Fernleitner. Ruft er mich zurück, so muß ich Ihr Angebot ablehnen; denn Sie kennen ja seinen Standpunkt Ihrem Hotel gegenüber. Wird unser Bruch dagegen vollendete Tatsache, so bin ich bereit, Ihren Antrag anzunehmen, und wir können dann meinetwegen heute noch zum Abschlusse kommen!"

„Dann erwarte ich also im Laufe des Tages Ihren Bescheid!" entgegnete Vogelreuther, verneigte sich höflich und verließ mit kurzem Gruß das Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Wäsche nahmen die Spitzbuben mit und verschwanden durch die Hoftür im Garten des Gärtnereibesitzers Roscher.

* **Bromberg, 21. März.** Gestern abend wurde in seiner Wohnung der Viehgroßhändler **Modrakowski**, Livoniusstraße 5, tot aufgefunden. Die Untersuchungen haben ergeben, daß es sich um Selbstmord durch Gasvergiftung handelt. Über die Ursache zur Tat ist noch nichts Bestimmtes festgestellt worden; doch nimmt man wirtschaftliche Schwierigkeiten an.

* **Graudenz, 21. März.** Wegen Verdachts des Betruges in Höhe von 45 Millionen Mark wurde hier, der „Weichselpost" zufolge, der Kaufmann Szymon **Trebacz** aus Lodz verhaftet. Der Geschädigte ist der Kaufmann Florian Kolodziejczyk.

* **Inowroclaw, 21. März.** Von dem jüdischen Friedhofe sind wiederholt eiserne Zäune gestohlen worden. Die Polizei ermittelte nun vor einigen Tagen den betreffenden Dieb, dem rd. 4½ Ztr. Metall abgenommen werden konnte. Die Angelegenheit wurde dem Gericht übergeben. — In der vergangenen Woche wurden dem hiesigen Bürger **Danielewicz**, ul. Dombińska, aus dessen Speicher 2 Ztr. Roggenmehl, 1 Ztr. Grütze sowie einige Pfund Gerste gestohlen. Der Polizei gelang es, den Täter in der Person eines gewissen F. Pomarzyński von hier zu verhaften. Die Beute wurde dem D. zurückgegeben.

p. **Kostschin** 23. März. (Privattelegramm.) Gestern wurden aus dem hiesigen Drzewieckischen Schnittwarengeschäft für 14 Millionen Mk. Stoffe von unbekannten Dieben gestohlen.

* **Kruschwitz, 21. März.** Auf dem letzten hiesigen Jahrmarkt herrscht, dem „Dz. Kuj." zufolge, ein großer Viehauftrieb. Die Nachfrage war nur schwach. Es wurden um 50 Prozent billigere Preise gezahlt als bisher. Desgleichen sind auch die Fleischpreise gefallen.

□ **Kulm**, 23. März. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde Herr **Rogalski** aus Strasburg mit 28 von 29 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt.

* **Rehden, Kr. Graudenz, 23. März.** Zu einer ergreifenden und erbauenden Feier gestaltete sich die Weihe der Kriegergedenktafeln im Gottesdienst am 18. März. Die Kirche, mit Tannengewinden feierlich geschmückt, wies eine so große Gemeinde auf, wie seit langer Zeit nicht mehr. Ein gemischter Chor, der in der Gemeinde unter Schwierigkeiten zusammengebracht war, leitete die Feier ein mit dem Liede „Auferstehn, ja auferstehn". Orgelspiel und Chorleitung hatte Musikdirektor **Elisat** aus Graudenz übernommen. Frau Ellen **Conrad** sang einen Text auf die Gefallenen nach der Litanei von Schubert, sodann nach der Predigt „Sei still" von Raff. Am ergreifendsten war es wohl, als nach dem Niederlegen von Kränzen durch den Jungfrauen- und Jünglingsverein, die Frauenhilfe, durch ehemalige Feldzugsteilnehmer und die kirchlichen Körperschaften Frau Conrad das Lied sang „Ich hatt' einen Kameraden". Der gemischte Chor sang darauf „Wie sie so sanft ruh'n".

a. **Reisen, 23. März.** Nach dem Tode unseres kommissarischen Bürgermeisters **Tyrakowski** hat der erste Schöffe Jan **Kupisz** das Amt des Bürgermeisters unserer Stadt bis auf Widerruf übernommen.

p. **Samter** 22. März. In der Nacht zum 21. d. Mts. wurde in **Chelmno** einem Landwirt eine 9jährige schwarze Kuh mit weißem Rücken, einen Stern auf der Stirn, das linke Horn halb abgebrochen, im Werte von 3—4 Millionen Mk. aus dem Stalle gestohlen.

* **Thorn, 19. März.** Anläßlich des im Mai stattfindenden polnischen Sängerfestes soll hier der Grundstein zu einem Moniuszko-Denkmal gelegt werden, das seinen Platz im Stadtwäldchen in der Nähe der Schulstraße finden soll. — Die Gas- und Strompreise sind für März erheblich heraufgesetzt worden. So kostet eine Kilowattstunde Strom 1800, ein Kubikmeter Gas 1200 M. für Privatwohnungen; für Geschäftsräume eine Kilowattstunde Strom 2500, Gas 1500 M. Strom für Motore eine Kilowattstunde 1200 M. Die Treppenbeleuchtung ist um 50 v. H. erhöht. Seit dem 17. März sind auch die Preise der Straßenbahn erhöht worden; so kostet eine gewöhnliche Fahrt bei Tage 500 M., bei Nacht 1000 M.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

p. **Lodz 22. März.** Bei der hiesigen Kriminalpolizei lagert ein Koffer mit Inhalt, der vermutlich im Zuge Krakau—Lodz gestohlen worden ist. Im Koffer befinden sich: ein dunkelblaues Kostüm, ein Damenjackett mit grauem Futter, zwei Damenunterröcke in schottischen Farben und ein schwarzes seidenes Kleid. Die berechtigten Eigentümer können sich bei der Kriminalpolizei melden.

* **Warschau, 15. März.** Der „Przegl. Wiecz." bringt Ausführungen des Leiters der Warschauer Bauinspektion, aus denen hervorgeht, daß der Zustand der Warschauer Häuser infolge von unterlassenen Reparaturen sehr bedenklich sei. Falls nicht bald energische Maßnahmen eingeleitet werden, um dem weiteren Verfall der Häuser entgegenzuwirken, drohen auf dem Wohnungsmarkt unhaltbare Zustände auszubrechen. — Der „Rzeczp." zufolge wird in letzter Zeit dem sanitären Zustande der Häuser und Wohnungen in Warschau größere Aufmerksamkeit geschenkt. Eine Polizeipatrouille sucht systematisch die in Frage kommenden Gebäude auf und überzeugt sich unter Hinzuziehung des Hausverwalters und Besitzers von dem Zustande der Wasserleitungen, Treppenaufgänge usw.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

A. W. in P. Ihre Wirtschaft ist liquidierbar.

A. B. in O. Die Honorar- und sonstigen Forderungen des Rechtsanwalts entsprechen der heutigen Geldentwertung. Sie würden dem Gegner, wenn er den Prozeß verliert, mit auferlegt werden.

Naz. Breunig. Für die Einreise nach Danzig genügt der Personalausweis, wie Sie aus einer erst dieser Tage von uns veröffentlichten Notiz hätten entnehmen können. Zur Ausfuhr des Motors, auch wenn dieser dort ausgebessert werden soll, müssen Sie die Genehmigung nachsuchen.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Palmsonntag, 10: Gottesd. u. A. Greulich. — 11: Kgd. Ders. — Gründonnerstag, 9: Abendmahl. Greulich. — Karfreitag, 10: Gd. u. A. Ders. — 11½: Kgd. Ders. — 7½: musikalische Feierstunde.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend 6: Wochenschlußgottesd. Haenisch. — Palmsonntag, 10: Gd. Ders. — 11½: Kindergd. Ders. — Gründonnerstag, 9: Abendm. Ders. — Karfreitag, 10: Gd. u. A. Ders. — 6: liturg. Gd. u. A. Ders. — Amtswoche: Ders.

St. Paulikirche. Palmsonntag 10: Gottesdienst. Stuhlmann. — 11¼: B. u. A. Ders. — 11¾: Kgd. Ders. — Gründonnerstag, 10: B. u. A. D. Staemmler. — Karfreitag, 8½: B. u. A. Stuhlmann. — 10: Festgd. Ders. — 5: liturg. Andacht. D. Staemmler. — Amtswoche: Stuhlmann.

Ev.-luth. Kirche, ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Palmsonntag, 9½: Konfirmation m. hl. A. — 9: Beichte. Hoffmann. Kirchenchor: „Sei getreu bis in den Tod. — Gründonnerstag, 7: B. u. hl. A. Hoffmann. — Karfreitag, 9½: Predigtgd. mit hl. A. — 9: Beichte. Hoffmann. Kirchenchor: „Hohes, heil'ges Marterbild". — 3: Liturg. Gottesdienst. Hoffmann.

St. Lukaskirche. Palmsonntag, 10: Predigt. B. u. A. Büchner. — Gründonnerstag, 6: B. u. A. Ders. — Karfreitag, 10: Predigt. B. u. A. Ders. — 6: liturg. Andacht, B. u. A. Ders.

Christuskirche. Palmsonntag, 10: Gd. Danach B. u. hl. A. Darauf Kgd. Rhode. — Karfreitag, 10: Gd. Danach B. u. hl. A. Kammel.

Kapelle der Diakonissen-Anstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgottesdienst. Sarowy. — Palmsonntag, 10: Gd. Ders. — Karfreitag, 10: Gd. D. Blau.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 10: Predigt. Lück. — 11½: Sonntagsschule. — 2½: poln. Gottesdienst. — 4½: Predigt. Lück. — Mittwoch, 7: Gebetstunde. — Freitag, 7½: poln. Gebetstunde.

Methodisten-Mission, ul. Starbowa 1, I (fr. Luisenstr.). Sonntag, 4: Gottesdienst in poln. Spr. — 6: Jugendbund in deutscher Spr. — 7: Evangelisationsstunde in deutscher Spr. — Mittwoch, Bibelstunde in poln. Spr. — 8: Gemeindechor in poln. Spr. — Freitag, 7: Bibelstunde in deutscher Spr. — 8: Gemeindechor in deutscher Spr. Gottesd. — Donnerstag, 4: Frauen- u. Jungfr.-Ver.

Unterhaltungsbeilage des Posener Tageblattes.

Peru, das Land der Inkas.

Wer kennt Peru, das Land der Inkas?

Daß es sich verlohnt, dieses Land kennen zu lernen oder sich wenigstens ausführlich von ihm erzählen zu lassen, daß es in ihm außerordentlich viel zu sehen, zu erleben und zu lernen gibt, das beweist ein jetzt eben erschienenes hübsch ausgestattetes und sehr empfehlenswertes Büchlein, das sich nennt: **„Peru, das Land der Inkas" von Ebbe Kornerup. Berechtigte Übersetzung aus dem Dänischen von Else von Hollander. Mit zahlreichen Abbildungen."** (Stuttgart. Kosmos. Gesellschaft der Naturfreunde. Geschäftsstelle: Franckhsche Verlagshandlung.)

Im Hafen von Callao läuft das Schiff ein, das den Reisenden nach Peru bringt. Von dort ist er nach einer halben Stunde Eisenbahnfahrt in Lima, der Stadt der Sonne und der schönen Frauen, bewohnt von einer außerordentlich bunten Bevölkerung. Es gibt eine Unzahl von Mischrassen in dieser kosmopolitischen Stadt, Typen englischen Ursprungs, Nachkommen der eingewanderten Engländer, Spanier, Ekuadorianer und Indianer, aber auch Neger, Chinesen und besonders Japaner, Juden, Türken, Araber, Inder, Nordamerikaner, Syrier und Italiener.

Am Nachmittag ist Lima knisterndes Leben, die schmalen asphaltierten Straßen mit den großen, gut ausgestatteten Geschäften sind überfüllt. In den Konditoreien nippen junge Mädchen Schokolade und sitzen mitten zwischen Tellern voll aller möglichen Kuchen von grellen Farben und Formen. Die Männer dagegen trinken Liköre aus Miniaturgläsern oder stehen in Reihen draußen auf dem Trottoir. Wenn eine hübsche junge Dame den Bürgersteig entlang streift, gehen Striche von ihren Augen aus, sie ist eine Zentrale mit Privatleitung zu den Augen aller jungen Männer, aber sie genießt es und dreht sich fast unmerklich in den Hüften, setzt die hohen Absätze an den langschäftigen Lackschnürstiefeln fest auf die großen Fliesen wie bei der Mazurka, oder sie steht still und spiegelt sich in einem Fenster, den einen Fuß leicht gehoben, und betrachtet ihren neuen modernen Hut, oder hält in der Spiegelscheibe nach ihren Freunden Ausschau. Wagen und Autos gleiten über den Asphalt oder über das gute Pflaster und biegen zu den Boulevarden ab, aber die Bummelstraßen im Herzen von Lima sind ein paar Stunden lang Salon- und Rendezvousplatz für die leichtlebige flotte Jugend von Lima.

Auf dem rechten Ufer des Rimalflusses wohnen die kleinen Leute. In diesem Armenviertel sind ganz wunderliche Straßen mit Reihen offener Türen, die in Sackgassen führen. In allen diesen Sackgassen lebt man en famille oder wie auf dem Lande. Hier gibt es Hinterhöfe, die man von der Straße aus nicht sieht, schmale Höfe mit Bäumen und Blumen, Reihen von Gärten, parallel mit den Sackgassen. Am Ende dieser geschlossenen Gäßchen ist ein großer Wall, das sind die hochliegenden Kanäle, die zur Berührung der Gärten oder zum Bewässern der Bäume benutzt werden, weil es hier in Lima fast nie regnet. An manchen Orten treibt das Wasser in den Kanälen Mühlen oder Fabriken, und die Kinder haben die Kanäle völlig in Besitz genommen, den ganzen Tag spielen sie dort oben, stürzen sich in das gelbe Wasser und lassen sich von der Strömung treiben, warm und stumm, wie dösende Krokodile landen sie irgendwo weit unten und laufen nackt am Ufer zurück, sie heulen und tanzen und brüllen wie braune Kannibalen. Geht man in die Gäßchen zwischen den niedrigen hellen Häusern hinein, so hat man sofort das intimste Privatleben der Familie vor sich, — sie wohnen, als seien sie alle in ein Zimmer gezogen, um die anderen neu streichen zu lassen. Aber sie haben nur dies eine Zimmer, sie essen draußen auf dem Hof und schlafen im Freien unter den Weinranken.

Lima mit einer Siebentelmillion Menschen. Lima mit mehr als fünfzig Kirchen und einer fast unzähligen Schar von Geistlichen. Lima mit seinen Bierbrauereien, seinen Akademien, der Ingenieur-, der Landwirtschafts- und der Bergbauschule, mit seinem berühmten Athenäumklub, mit der besten geographischen Bibliothek Südamerikas, ist eine urlebendige, moderne Weltstadt. Die Luft ist völlig trocken. Gicht gibt es in diesem Klima nicht, tagsüber scheint die Sonne, und es regnet nie, und alle Häuser und Paläste sind weiß, und am Fluß die schlanken Weiden. Und in Lima sind Südamerikas schönste Frauen.

Mollendo — eine kleine Stadt am Meere mit Straßen, die bergauf, bergab gehen. Unter Fächerpalmen verkaufen kleine Mädchen blaue Weintrauben und Zitronen, und auf der Plaza kochen Frauen starkfarbige peruanische Gerichte, Reis mit Bohnen und viel rotem Pfeffer und Zwiebeln und gekochtes Gemüse, und auf den Matten liegen reife violette Feigen oder Pfirsiche, die in den Oasen der Wüste gepflückt sind. Die Stadt ist auf steilen Klippen errichtet, und das Meer schlägt heftig gegen die Küste und lärmt in den vielen Buchten zwischen den Felsen. Da sind natürliche Bassins mit eingehauenen Treppen, und braune junge Mädchen und Burschen schwimmen in dem salzigen frischen Wasser. Das ganze Jahr hindurch ist es warm genug zum Baden. In den Straßen am Meer riecht es nicht gerade schön, denn die Leute werfen ihren Kehricht von den Klippen ins Meer hinunter, die Hygiene wird von den Geiern besorgt, die auf Felsen und Riffen lauern. Außer den Peruanern gibt es hier Chinesen und Japaner. In der Konsulatastraße leben viele Amerikaner. Von Mollendo wird mehr Metall versandt als von irgend einer anderen Hafenstadt Südamerikas.

Die Weiterreise führt durch die Wüste von Peru. Eine grüne Wüste. Einzig in ihrer Art. Ringsherum grüner Flugsand, grüne Sanddünen. Fern am Horizont rote Berge mit grünen Adern, — die Adern sind Querstreifen aus demselben Sand wie die Dünen. Hie und da eine Oase, in der Obstbäume und Luzerne wachsen. Ein wunderbarer Garten, aber die primitiven grauen Lehmhütten liegen öde auf dem nackten Felsen. Man kehrt bei Indianern ein, ißt indianische Pfannkuchen mit Pfirsichen, übernachtet in der Indianerhütte auf Matten.

Mitten in der grünen Wüste von Peru, eine Tagereise vom Meer und am Fuße der drei mächtigen Vulkane mit ewigem Schnee liegt eine Stadt mit stets reiner, klarer und frischer Luft, siebentausend Fuß über dem Meer, eine Stadt mit schöner alter Architektur. Das ist Arequipa. Höfe mit Säulen und Portalen, Straßen mit großen Mauerflächen mit Säulen und kassettierten Türen, mit vielen Tonnengewölben in den Sälen der alten Häuser, die früher reichen Spaniern gehörten, jetzt aber die Wohnungen der gewöhnlichen Leute sind. Die Stadt des Prä-Inkastils.

Von Arequipa nach Juliaca fährt man durch das Lama-Land, durch ein Land, in dem man vom Eisenbahnzug aus links und rechts massenweise Lamas weiden sieht. Ist man am Morgen von Arequipa abgefahren, kommt man am Abend in Juliaca an. Juliaca ist ein Indianerdorf. Die Leute wohnen hier in niedrigen strohgedeckten Hütten so primitiv wie Menschen überhaupt leben können; Feuer, Dach, Wasser in Lehmtöpfen, — das ist ihr Heim. Man kehrt in einem alten indianischen Wirtshause ein. Ein Saal mit Tischen, auf denen Zinnleuchter mit Wachskerzen stehen. Männer, Frauen, Hunde, Guitarrespieler und Gesang. Schließlich wird getanzt. Man ißt dampfende Kartoffelsuppe und mit Gemüse gefüllten Eierkuchen. Und man trinkt purpurroten Tinto aus gesprungenen Gläsern. Man schläft in einem langen Zimmer mit Tonnengewölbe und winzig kleinen Fenstern hoch an der Decke. Und die ganze Nacht hindurch hört man draußen Guitarrespiel und das Knabbeln der Lamas und das Knirschen ihrer Zähne.

Von dem Inkavolk und seiner alten Kultur weiß Kornerups Buch Dinge zu erzählen, von denen die meisten Europäer sich sicherlich niemals etwas haben träumen lassen. Ganz alte Städte gibt es da mit alten, dicken Mauern und schmalen Burgtoren, alten Kirchen und alten Befestigungen, und Reste einer alten eigenartigen Kultur verflechten sich hier in ganz besonderer Weise mit Erscheinungen des modernen Lebens und geben dem Reisenden Eindrücke, die er nie wieder vergißt.

Geographisch besteht Peru aus vier verschiedenen Ländern: dem Küstengebiet, der Grünen Wüste, dem Anden-Hochplateau und den Waldregionen.

Die Waldregionen sind eine Welt für sich. Hier gibt es weder Wege noch Bahnen, nur getretene unwegsame Pfade, die allein die Wilden kennen, ungesund ist es hier besonders zur Regenzeit, es ist eine ganz furchtbare Moskitogegend, wenn der Regen fällt und alles schreibt und liest in einem einzigen Sumpf. Die Heimat des Tapirs, Gegenden mit Jaguaren und Pumas, Ameisenbären, Faultieren, Affen und Papageien, Wildschweinen, Gürteltieren, Schlangen, Skorpionen und Alligatoren. Eine undurchdringliche Wildnis, Urwald, durch den man sich mit der Axt den Weg bahnt und wo man unaufhörlich in Gefahr ist. Aber es gibt auch Wälder mit wuchernden Orchideen und duftenden Lilien, mit Kallas und wilden Fuchsien, Lippenblütern und Zimt, Balsam und China, und mit Billionen von Insekten, die im Gestrüpp umherschwirren. Viele Möglichkeiten sind hier noch verborgen.

„Peru," so schließt Kornerup seinen fesselnden Reisebericht, „gab Europa die Kartoffel, das Kokain, das Chinin, den Mais, den Tabak, die Schokolade und das Rizinusöl. Das ist nicht wenig. Die Eröffnung des Panamakanals hat für Peru größere Bedeutung gehabt als seinerzeit die Entdeckung Amerikas. Kolumbia, Ekuador, Peru und auch Chile sind Länder, von denen man in den nächsten zehn Jahren viel hören wird. Bolivia wird später kommen, noch steckt es im Mittelalter, aber es hat ja keine Küste, nachdem Chile Arica und Antefegasta genommen hat. Peru ist neben Marokko und Queensland das reichste Zukunftsland der Erde."

Gedichtbände.

Der Bromberger **Paul Dobbermann** hat im Verlage von Paul Wernicke ein Heftchen seiner Gedichte erscheinen lassen. Die Auswahl wurde bestimmt durch die Absicht, in den in diesem Heft vereinigten Gedichten *einen* Gedanken möglichst stark und plastisch hervortreten zu lassen, *eine* Stimmung zu möglichst kräftigem Erklingen zu bringen: es handelt sich um das Festhalten des Deutschen in Polen an seiner *Heimat*, um seine Liebe zu dieser Heimat.[1])

Der Begriff der Heimat tritt denn auch in den so zusammengestellten Gedichten, von verschiedenen Seiten angesehen, immer wieder und in verschiedener Verkörperung hervor: die Landschaft der Heimat, die Sitte der Heimat, die Leute der Heimat, das Schicksal der Heimat, Kindheitserinnerungen, Familiengefühle und Sehnsucht nach der verlorenen Heimat sind die Hauptakkorde auf der Harfe Dobbermanns.

Der dichterische Wert der ausgewählten Gedichte ist, wie das nicht anders sein kann, sehr verschieden, und in manchen von ihnen tritt die vorgefaßte Absicht, das Lehrhafte, vielleicht stärker hervor, als es für die dichterische Wirkung gut ist. Einige von den Beiträgen jedoch vertragen ohne Zweifel schon eine ziemlich strenge ästhetische Beurteilung und geben dem Leser wirklich die Möglichkeit, mit dem Dichter mitzuempfinden, die Welt mit seinen Augen anzusehen.

Zu solchen Gedichten gehört z. B. eines, das die Überschrift *„Heimatwege"* trägt und wohl zu den gelungensten der ganzen Sammlung gehört:

So geschieht mir's oft auf meinen Wegen,
Daß die Schritte wandeln wie im Traum,
Daß sich kosend auf die Seele legen
Weiche Schleier aus dem weiten Raum.

Und dem Fuße schmiegen sich die Pfade,
Und des Raumes Wallen singt dem Sinn,
Und ich fühle nichts als nur die Gnade,
Daß ich noch in meiner Heimat bin.

Zu den besten Gedichten des Heftes darf der *„Juliabend"* gerechnet werden:

Die Abendsonne malt ein goldrot Band
Um unsers Fichtenwaldes schwarzen Rand.

Darunter schwimmt der Erde grünes Grau,
Darüber glänzt des Himmels tiefes Blau.

Das Auge trinkt die satten Farbenschichten,
Es schöpft das Ohr den Rauschgesang der Fichten.

Und aus der Seele quillt ein heilig Klingen,
Der einzig schönen Heimat Preis zu singen.

Die Stimmung eines jener schönen Herbsttage, die für unser Gebiet besonders charakteristisch sind, bringt das Gedicht *„Ein Septembertag"* hübsch zum Ausdruck:

Ach, heut ist's schön!
Schon schien's, als sollt' es immer trübe sein,
Nun aber kommt der hellste Sonnenschein
Aus blauen Höh'n.

Der Tag bleibt klar
Vom Morgen bis zum Ende.
Da falten wieder hoffnungsgläubig sich die Hände,
Trotz dem, was war.

Auch unter den übrigen Gedichten der Sammlung ist manches, in dem der in diesem Lande Geborene oder durch viele Jahre mit ihm Verwachsene einen Widerhall des eigenen Empfindens finden wird.

*

Der Marburger klassische Philologe und Altertumsforscher **Theodor Birt**, der schon wiederholt als Dichter und als Nachdichter vor die Öffentlichkeit getreten ist, legt dem deutschen Leser jetzt ein Gedichtbändchen vor, das er mit dem Leitwort versieht:

Für viele bin ich nie gewesen.
Der Kreis, für den ich wirke, ist nur klein.
Es sollen mich nur Freunde lesen,
Und die mich lesen, sollen Freunde sein.[2])

Zeitfragen und Menschheitsprobleme, Nachklänge künstlerischen und geistigen Erlebnisses, Naturlyrik und Spruchweisheit — so ungefähr wäre etwa der Inhalt der Birtschen Gedichtsammlung zu umreißen. Im allgemeinen herrscht die Reflexion vor. Ein charakteristisches Beispiel für Birts Art:

Am Grab eines Glücklichen.

So liegst du still auf deinem Sarkophag,
Als wärst du nur dem Schlummer hingegeben.
Die Nacht ist schön, und schön war auch der Tag.
Es lobt die Nacht den Tag, der Tod das Leben.

Doch scheint bei manchen seiner Gedichte der unmittelbare Einfluß der Anschauung und der Empfindung stärker mitgewirkt zu haben. Beispiel:

Vorfrühling.

Es ist so still, so still ringsum,
So tief verschwiegen, märchenstumm.
Der Wind geht durch den leeren Wald,
Man hört ihn nicht. Wird es nicht bald?

Er möchte durch Schattenwipfel klettern,
Rauschen und jauchzen in jungen Blättern.
Die Buche dehnt sich im Moosbehang:
Es währt zu lang!
Die braunen Augen schwellen schon,
Ein Vöglein pfeift und zieht den Ton
So sehnsüchtig verloren.
Die Fichten hochgeboren
Stehen am Berg in Reih'n
Mit ihren greisen Haaren
Und winterlichen Talaren,
Und rufen: Zieh' ein!
Der Winter floh. Frei ist die Bahn.
Es harrt die Welt, dich zu empfahn,
Und junge Glut im Ost erglomm.
Frühling, so komm!

*

Eine schöne Blütenlese von Versen, die sich irgendwie mit der Natur und mit der Stellung des Menschen zur Natur beschäftigen, bietet **Tony Kellen** in der „Kosmoms-Anthologie".[3]) Die von ihr mit großem Fleiß aus allen Zeiten der deutschen Dichtung zusammengetragenen Gedichte sind eingeordnet in die sieben Hauptkapitel: Natur und Naturwissenschaft, das Weltall, die Erde, der Mensch, die Tierwelt, das Pflanzenreich, das Mineralreich. Hie und da mutet die Einordnung etwas gekünstelt an. Vorausgeschickt ist ein kurzer geschichtlicher Überblick über die Natur in der Dichtung. Außer dem Inhaltsverzeichnis erleichtert auch ein Sachregister und ein alphabetisches Verzeichnis der berücksichtigten Dichter das Auffinden einzelner Beispiele. Neben den eigentlichen Dichtern sind auch naturfrohe Humoristen vom Schlage Julius Stettenheims vertreten. Die neueste Dichtung hätte vielleicht etwas stärker berücksichtigt werden können. Detlev von Liliencron z. B. hätte kaum fehlen dürfen.

Die sehr reichhaltige Sammlung ist gut gedruckt und sehr hübsch ausgestattet. Als Geschenk dürfte sie manchem eine große Freude bereiten.

[1]) „Mein Bruder, rüste Dich!" Ausgewählte Heimatgedichte von **Paul Dobbermann**. Bydgoszcz. Verlag Paul Wernicke.

[2]) **Theodor Birt.** Helle und dunkle Klänge in Poesien. Leipzig. Quelle und Meyer, Verlag.

[3]) **Die Natur in der Dichtung.** Eine Blütenlese, gesammelt und herausgegeben von Tony Kellen. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde. Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart.

Vor 75 Jahren.

Wie Fontane beinahe die Revolution einläutete. Im März 1848 war Thedor Fontane Provisor in der Jungschen Apotheke in der Nähe des Berliner Schlosses. Als die schicksalsvollen ersten Schüsse gefallen waren, hielt es den tatendurstigen Apothekersmann nicht mehr hinter dem Ladentisch bei Kamillentee und Lebertran. Der revolutionäre Geist packte ihn. Er wollte mitkämpfen. Überaus köstlich ist es, wie er in seinen Erinnerungen „Die Berliner Märztage 1848" von seiner ersten Heldentat, die übrigens nicht die letzte blieb, erzählt. „Draußen," so schreibt er, „hatte sich das Bild rasch verändert. Die Straße wirkte wie gefegt, und nur an den Ecken war man mit Barrikadenbau beschäftigt, zu welchem Zweck alle herankommenden Wagen und Droschken angehalten und umgestülpt wurden. In meinem Gemüt aber wurden plötzlich allerhand Balladen und Geschichtsreminiszenzen lebendig, darunter dunkle Vorstellungen von der ungeheuren Macht des Sturmläutens; alles Große, so viel stand mir mit einem Male fest, war durch Sturmläuten eingeleitet worden. Ich lief also, ohne mich lange zu besinnen, auf die nur fünfzig Schritt von uns entfernte Georgenkirche zu, um da mit Sturmläuten zu beginnen. Natürlich war die Kirche zu — protestantische Kirchen sind immer zu —, aber das steigerte nur meinen Eifer und ließ mich Umschau halten nach einem Etwas, womit ich wohl die stark mit Eisen beschlagene, trotzdem aber etwas altersschwach aussehende Tür einrennen könnte. Richtig, da stand ein Holzpfahl, einer von jener Art, wie man sie damals noch auf allen alten und abgelegenen Kirchplätzen fand, um, nachdem man eine Leine von Pfahl zu Pfahl gespannt, Wäsche daran zu trocknen. Ich machte mich also an den Pfahl und nahm auch zu meiner Freude wahr, daß er schief stand und schon stark wackelte; trotzdem — wie manchmal ein Backenzahn, den man, weil er wackelt, auch leicht unterschätzt — wollte der Pfahl nicht heraus, und nachdem ich mich noch ein paar Minuten lang wie wahnsinnig mit ihm abgequält und sozusagen mein bestes Pulver — denn ich kam nachher nicht mehr zu rechter Kraft — an ihm verschossen hatte, mußte ich es aufgeben. Mit meinem Debut als Sturmläufer war ich also gescheitert, so viel stand fest. Aber ach, es folgten noch viele weitere Scheiterungen." — Wer weiß, was dieses Sturmläuten alles bewirkt hätte, wenn es wirklich zustande gekommen wäre. Man darf solche Stimmungsmomente nicht unterschätzen. Der alte Fontane hatte, als er diese Erinnerungen niederschrieb, leicht über sich selbst zu lachen. Damals aber war es ihm gewiß bitter ernst.

Ein „Lehrbuch der Demagogie". Ein Lehrbuch der Demagogie: das kann etwas sehr Ernstes oder etwas sehr Lustiges sein. Es ist, soweit bekannt, nur einmal geschrieben worden. Und zwar vor 75 Jahren, anno 1848, als die politischen Kämpfe den Siedepunkt erreicht hatten. Jakob Radike heißt der sonst unbekannte Verfasser, der dieses „Lehrbuch der Demagogie" 1849 in Leipzig herausbrachte. Dieser Jakob Radike scheint ein nicht gewöhnlicher Witzbold gewesen zu sein. Ja mehr: ein Satiriker von Niveau, der in diesem seinen Lehrbuch die ganze Dialektik des politischen Parteilebens in einer witzig überlegenen Weise persifliert hat, die dem Leser ein paar Stunden herzhaften Lachens bereitet. Dieser Humorist gibt zunächst eine köstliche Beschreibung des Demagogen, vom Bart ab bis zum Bestand des Kehlkopfes, dabei widmet er dem „R" einen besonderen Abschnitt. „Der Buchstabe R ist gewissermaßen der Träger der Demokratie und versinnlicht das donnernde Rad der Weltgeschichte. Darum lassen auch die Gardeoffiziere, die Repräsentanten der Reaktion, ihn ganz weg aus ihrer Sprache und sagen zu B. Bellin, Tiäjätten (Tiergarten)." Dies als Probe. Dann geht es alphabetisch an eine Darstellung des demagogischen Lexikons. Alle Phrasen werden hier, in der Fülle der Zusammenstellung, lächerlich. Unter Stichwortenserie Barrikade, Beiwörter, Blut, Demokrat, Emeute, Exzesse, Freiheit, Hunger, Juristen, Knute, Minister, Organisation, Parteien, Pfaff, Polizei, Republik, Revolution, Volk, Wühler usw. werden die Floskeln der Parteipolitik zusammengetragen. Entzückend ist die Abteilung Stichwörter, unter denen der Autor empfehlenswerte Schlagwörter zusammenstellt: „Die Revolution klopft an die Pforte —, die Ereignisse überstürzen sich lawinenhaft —, die Sturmwolke, die über dem Vaterland schwebt —, heute fallen die schweren Würfel —, Rüstkammern der Freiheit —, Donnerwort des Zeitgeistes —, Pesthauch der Despotie —, Morgenrot der Freiheit —, Drachensaat der alten Staatsgaukler —, zum Himmel stinkende Gewalttaten —, Renegatentum —, armselige Konsequenzmacherei, Pulsschlag der Zeit —, Furin des Bürgerkrieges —, Nacht des Aberglaubens — usw. seitlang. Zum Schluß gibt der Autor dann noch eine Reihe von fertigen „Musterreden", die überall zu verwenden sind. Das Ganze ist eine Satire, die sich sehen lassen kann, und es ist schade, daß das Büchlein fast ganz verschollen ist.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Die osteuropäische Holzkonferenz in Königsberg.

In Verbindung mit der ersten Osteuropäischen Holzmesse fand am 19. d. Mts. in Königsberg eine Holzkonferenz statt, die sich vor allem mit Transportfragen beschäftigte.

Regierungsrat Dr. Holtz sprach über den Stand der Verkehrsverhältnisse für den Holztransport im Osten, speziell über den Verkehr mit Polen.

Bisher war eine durchgehende Abfertigung im Verkehr zwischen Ostpreußen und Polen nur in der Weise möglich, daß der polnische Teil der Fracht auf der Versandstation frankiert, der deutsche Frachtanteil dagegen auf die ostpreußische Bestimmungsstation überwiesen wird. Diese Art der Frachtzahlung ist natürlich nur als ein Anfangsstadium zu bewerten, als der erste Schritt auf dem Wege zum direkten Verkehr. Man darf dabei nicht stehen bleiben. Dem Handel gebührt nach Artikel 12 des Internationalen Übereinkommens das völlig freie Bestimmungsrecht, ob er die ganze Fracht oder einen beliebigen Teil frankieren oder auf den Empfänger überweisen will, ebenso die Zulassung der Nachnahme und der Interessedeklaration. Erst dann wird der direkte Verkehr den Bedürfnissen des Handels völlig entsprechen können.

Die Einführung des direkten Verkehrs nicht nur von Polen nach Ostpreußen, sondern auch über Ostpreußen durch den polnischen Korridor nach dem übrigen Deutschland steht nahe bevor. Zwischen Ostpreußen und Litauen wird ebenfalls der direkte Verkehr eingeführt werden, und zwar zunächst in der gleichen Weise wie mit Polen. Das gleiche gilt für den Transitverkehr durch Litauen zwischen Ostpreußen einerseits und Rußland, Lettland und Estland andererseits. Dagegen sind die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über den Transitverkehr zwischen Deutschland und Rußland im Durchgange durch Polen noch weit zurück. Die Vorverhandlungen mit Polen waren auf den Verkehr in Richtung aus Deutschland durch Polen nach Rußland beschränkt. Dabei ist es klar, daß gerade der Holzhandel auf eine baldige Regelung des Verkehrs aus Rußland durch Polen nach Deutschland größten Wert legen muß.

Die östlichen Bahnen haben durchweg unter großem Wagenmangel zu leiden. Die deutsche Reichsbahn stellt im Interesse der Hebung des Verkehrs mit größter Bereitwilligkeit die Güterwagen aller Art nach den ausländischen Holzverladestationen. Leider gibt die Staatsbahndirektion Wilna die zahlreichen bei ihr angebrachten Anträge der polnischen Verlader nicht in vollem Umfange an die deutsche Reichsbahn weiter, sondern nur einen Teil und auch den nur unter einer Reihe von Bedingungen, zu deren Erfüllung sich der Verlader verpflichten muß. Außerdem werden Wagen nur für Mitglieder des Warschauer Holzverbandes angefordert. Nach den neuesten Nachrichten soll sogar die Zahl der Verlader, die zum Vertragsschluß zugelassen sind, auf die geringe Zahl von 18 beschränkt sein. Diese Maßnahmen stellen eine Beschränkung des Verkehrs und des Holzhandels dar, die möglichst bald beseitigt werden muß.

Die polnische Staatsbahn verlangt bei Verwendung deutscher beigestellter Wagen im Widerspruch zu den Bestimmungen des Berner Internationalen Übereinkommens von den Verkehrstreibenden außer der tarifmäßigen Fracht noch die Erstattung der von ihr der deutschen Reichsbahn geschuldeten Wagenmieten und erzwingt die Bezahlung dieser ungerechtfertigten Forderung dadurch, daß sie von der deutschen Reichsbahn deutsche Leerwagen nur für solche Verlader anfordert, die sich vorher vertraglich unter Hinterlegung einer Sicherheit von 15 Millionen Reichsmark zur Erstattung der Wagenmieten verpflichtet haben. Ferner erhebt die polnische Staatsbahn für die Beförderung der deutschen Leerzüge von der Grenze bis zur Verladestation die Lokomotivkosten im Betrage von fast 1 Million polnischer Mark für einen Zug von 30 Wagen. Ein solches Verfahren verstößt gegen den Tarifgrundsatz der Gleichbehandlung aller Verkehrstreibenden, der für den Handel außerordentlich wichtig, ja notwendig ist. Hierbei ist nicht zu übersehen, daß diejenige Eisenbahnverwaltung, die durch das Entgegenkommen einer Nachbarverwaltung in die Lage versetzt wird, trotz eigenen Wagenmangels mit fremden ihr zur Verfügung gestellten Wagen die Frachten zu verdienen, ein sehr gutes Geschäft macht. Die Mieten für die deutschen Wagen belaufen sich auf nur etwa 1/16 der polnischen Frachten, d. h. also 15/16 der Fracht verbleiben der polnischen Staatsbahn (obgleich sie ihre eigenen Wagen spart), selbst wenn sie die Wagenmiete, wie sie dazu verpflichtet wäre, selbst trüge.

Direktor Stepath betont, daß die Freimachung des Memelstroms unter allen Umständen das A und O der ostpreußischen Holzwirtschaft sei. Es sei für alle anliegenden Länder volkswirtschaftlich eine Notwendigkeit, daß dieser Strom frei benutzt werden kann und frei von Zöllen ist. Die Interessenten in allen Ländern müßten diesen Gedanken mit der größten Energie verfechten.

Herr Lipschütz-Warschau macht unter Anführung einer Reihe von Einzelheiten darauf aufmerksam, daß der polnisch-deutsche Bahnverkehr infolge der Entwicklung der Währungsverhältnisse sehr darunter leide, daß die Holzfrachten von Grajewo nach Königsberg außerordentlich viel teurer seien als die Frachten auf der polnischen Strecke; insbesondere stelle sich dadurch der Verkehr über Danzig bedeutend billiger als der in das ostpreußische Gebiet. Allerdings glaube er, daß mit der Freimachung des Memelstromes die außerordentlich hohen deutschen Tarife, die im Verhältnis fünfmal so teuer seien, wie vor dem Kriege, heruntergehen werden.

Der Präsident der Reichsbahndirektion Königsberg, Möller, betonte, daß die schwankende Valuta natürlich die Wirkungen der Tarifgestaltung außerordentlich beeinflusse. Daß die Fracht von Baranowitschi oder Bialystok nach Königsberg von der Fracht nach Danzig unterboten werde, sei sicher ein anormaler Zustand. Eine Durchrechnung der Tarife würde hier Abhilfe schaffen. Die Ermäßigung der Frachten von Prostken nach Königsberg werde sehr erschwert durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages, nach dem bekanntlich die Tarife, die auf irgendeiner deutschen Strecke für eine Ware vorgesehen sind, auf allen deutschen Strecken im Binnen- und Durchgangsverkehr für die Transporte der alliierten Mächte gewährt werden müssen. Gerade im Holztarifwesen könne das zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen führen. Im übrigen werde voraussichtlich in diesem Jahre der Bahnhof Prostken mit großen Mitteln ausgebaut werden, um den Holzverkehr über diese Strecke weiter zu fördern. Auch würden die Übergangsbestimmungen nach Möglichkeit erleichtert werden. Außerdem werde auch die angeregte Frage einer Tarifermäßigung sofort geprüft werden, insbesondere die Frage, ob der Transport Prostken—Königsberg sich tariflich erleichtern läßt.

Schließlich wurden folgende vom Referenten (Dr. Holtz) aufgestellten Leitsätze einstimmig angenommen:

1. Alle vorhandenen Verkehrswege, und zwar sowohl Wasserstraßen wie Eisenbahnstrecken sind ungesäumt für den Nachbarverkehr und für den Transitverkehr freizugeben.

2. Im Eisenbahnverkehr müssen Stockungen, Sperren, Verkehrseinschränkungen aller Art, insbesondere Einschränkung der Wagengestellung, allgemein oder nach einzelnen Gebieten, vermieden werden. Die Eisenbahnen müssen alle Vorbereitungen treffen, insbesondere ihre Grenzbahnhöfe ausbauen, daß sie jedem auch dem stärksten Verkehr, gewachsen sind.

3. Das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr ist baldmöglichst in vollem Umfange durchzuführen.

4. Die Regelung des Transitverkehrs zwischen Rußland und den Randstaaten einerseits und Deutschland andererseits ist zu beschleunigen, insbesondere bedarf es für den Holzverkehr einer schleunigen Regelung des Durchgangsverkehrs von Rußland durch Polen nach Deutschland.

5. Artikel 11 des Berner Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr, wonach die Eisenbahnen nur die in den Tarifen angegebenen Frachtsätze, Vergütungen für besondere im Tarif vorgesehene Leistungen und ihre baren Auslagen erheben dürfen, muß von den dem Berner Übereinkommen beigetretenen Bahnen durchgeführt werden. Hiernach ist die Abwälzung von Wagenmieten für fremde Wagen, sowie die Forderung von Lokomotivkosten für den Leerlauf unzulässig.

6. Die Tarife für Holz im Verkehr zwischen Rußland, Polen, Litauen einerseits und Deutschland andererseits sind durchzurechnen, wie dies vor dem Kriege im deutsch-russischen Verkehr für die wichtigsten Massengüter möglich war.

7. Durch das Zusammenwirken der am Holzverkehr beteiligten Eisenbahnen muß erreicht werden, daß der erforderliche Wagenraum restlos aufgebracht wird; soweit die Verladebahn nicht in der Lage ist, für Holztransporte nach dem Auslande eigene Wagen zu stellen, soll sie sämtliche Anforderungen der Verlader nach deutschen Güterwagen, sowohl für polnisches Holz als auch für russisches Transitholz ohne Ausnahme und ohne weitere Bedingungen an die deutsche Reichsbahn befürwortend weiterleiten.

Markbesserung und Getreidemärkte in Deutschland.

Die letzte Woche hat weitere außerordentliche Preisrückschläge für Getreide gebracht. Die Preise vom 1. März sind durchschnittlich weiter um ein volles Drittel gefallen. Die Verluste, welche auf der gekauften Ware ruhten, waren durch die Rückgänge im Februar schon so gewaltig geworden, daß sie die Kräfte vieler Interessenten weit überstiegen. Dadurch war die Kundschaft vielfach nicht in der Lage, die ihr gemachten März-Andienungen aufzunehmen, und nachdem auch die Nachfristen abgelaufen, ist viel zwangsweise weiter verkauft worden. Außerordentlich empfindlich waren die enormen Rückgänge der Preise für Mehl, zum Teil mit veranlaßt durch viele Zwangsverkäufe; dadurch waren auch die Mühlen, welche mit diesen Auktionsverkäufen in ihren Forderungen nicht Schritt halten konnten, zeitweise ganz aus dem Geschäft gedrängt, und daher auch nur wenig Reflektanten für den Weizen, der besonders aus Mecklenburg und Vorpommern in ziemlich dringlicher Weise umfangreich angeboten wurde. Beim Roggen haben wir die eigentümliche Erscheinung, daß dieser Artikel in den letzten Tagen unter den Umlagepreis zurückgegangen ist, so daß für die Reichsgetreidestelle am offenen Markt billiger Roggen gekauft werden konnte, als sie für das fünfte Sechstel der Umlage bezahlen mußte. Beim Hafer sehen wir einen Sturz von 36 000 auf 20 000 M., und dieser Rückgang war besonders verhängnisvoll für eine ganze Reihe von Hilfsfutterstoffen. Endlich hat sich auch beim Heu und beim Stroh eine vergleichsweise allerdings noch mäßige Rückwärtsbewegung eingefunden, die immerhin aber beim Stroh 3000—4000 M. per Zentner, beim Heu ca. 2000 M. betrug.

Will man den ganzen Rückgang der Preise erkennen, so muß man die Notierungen vom Ende der Vorwoche mit denen vom 31. Januar vergleichen, an welchem Tage wir den höchsten Devisen- und Getreidepreis hatten. Der Weizen ging in dieser Zeit von 69 000 auf 31 000 M. zurück, der Roggen von 64 000 auf 29 000 M., die Gerste von 61 000 auf 28 000 M., der Hafer von 55 000 auf 20 000 M., der Mais ab Hamburg von 73 000 M., während der Notiz für Weizenmehl am Januarschluß von 185 000 bis 218 000 M. jetzt eine solche von 95 000 bis 110 000 M. gegenübersteht. Ein ganz besonderes Interesse lenkte wieder der Mais auf sich, weil bei diesem die Verluste zum Teil noch viel stärker als bei allen übrigen Landesprodukten waren und weil dadurch gerade für die März-Andienungen des Mais die Abwicklung ganz besonders schwer geworden ist. Es wurden seither wegen der Schwierigkeit und der enormen Teuerung, die bei der Beschaffung von Devisen auf spätere Sicht im Vormonat in Frage kamen, sehr hohe Aufgelder für Mais auf spätere Lieferung bezahlt, so daß der Märzmais zeitweise 85 000 M. und noch darüber kostete, während sein jetziger Stand ca. 27 000 M. ist. Fast täglich wurde in dieser Woche Mais in Auktion im ganzen Lande verkauft, und es wird sich erst herausstellen, inwieweit die Kaufleute von ihren versagenden Abnehmern Zahlungen erhalten werden. Wohl nicht ganz ohne Einfluß auf die Situation war auch die Tatsache, daß von Kartoffeln infolge der milden Witterung und der für Speisekartoffeln ermäßigten Frachten sehr umfangreiche Zufuhren an die Märkte gekommen sind und auch die Preise dieser Frucht sturzweise nachgegeben haben.

Die Nachrichten vom Auslande waren zeitweise schwach, doch folgten in den Preisen nur einzelne stärkere Rückgänge, die meist bald wieder durch mäßige Erholungen wettgemacht wurden. Nordamerikas Saaten sind ungleich; im allgemeinen ist das Urteil über die Winterweizensaaten gar nicht ungünstig. Die Manitoba-Weizen bleiben dauernd reichlich zu kaufen und sind in Anbetracht ihrer hervorragenden Qualitäten verhältnismäßig die billigsten am Weltmarkt. Ein ernstlich drückender Faktor bleibt Argentinien mit seinen die nordamerikanischen Preise unterbietenden Forderungen und seinen großen Abladungen. Frankreich entnimmt seine neuen Weizenkäufe allermeist von Südamerika, und das beeinflußt den überseeischen Markt um so unvorteilhafter, als man in Amerika in Übereinstimmung mit manchen deutschen Anschauungen glaubt annehmen zu dürfen, daß Deutschland im großen und ganzen für den Rest des Erntejahres schon ziemlich versorgt sei. Es ist dies auf die zweifellos vorhandenen ansehnlichen Läger von Weizen und Roggen ebenso wie von Mehl im Besitze der Reichsgetreidestelle zurückzuführen und auf die Annahme, daß auch sonst noch in erster und zweiter Hand viel Getreide, wie auch bei den Konsumenten ansehnlich gehamsterte Mehlmengen sich befinden. Nichtsdestoweniger wird die Privatmüllerei Deutschlands noch viel Weizen im alten Erntejahr zu kaufen haben.

= **Die Kohlenpolitik der polnischen Regierung.** „Rzeczpospolita“ schreibt unter dieser Überschrift: Um der Kohlenpreisschraubung durch Inlandsproduzenten vorzubeugen, hat die Regierung eine Verordnung erlassen, in der die 40 Prozent Steuer für in Polen eingeführte Auslandskohlen aufgehoben wird. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im „Dziennik Ustaw“, was in den nächsten Tagen erfolgt, in Kraft. Unabhängig davon bereitet die Regierung bereits eine Ausführungsverordnung zu dem im Sejm eingebrachten Rahmengesetz betreffend Regierungskontrolle der Produktionkosten der Artikel des ersten Bedarfs, unter ihnen der Kohle, vor. Nach Fortfall der oben erwähnten Steuer für Auslandskohlen, die sich infolgedessen den Inlandskohlenpreisen anpassen, wie auch durch das Ergebnis der Kontrolle durch die Regierung der Produktionskosten der Inlandskohlen, hofft man der Kohlenschiebung entschieden vorzubeugen.

= **Spółki Akcyjne w Polsce.** Es erschien der zweite Jahrgang des Verzeichnisses polnischer Aktiengesellschaften (Spółki Akcyjne w Polsce, Rocznik II., 1923) im Verlage des „Par“. Er enthält jetzt auch die Aktiengesellschaften im Freistaate Danzig, im Wilnagebiet und Oberschlesien. Das Jahrbuch enthält: Sitz, Filialen, Gründungsjahr, Zweck, Aktienkapital mit Angabe der einzelnen Emissionen, letzte Jahresbilanz, die Dividendenziffern der letzten 3 Jahre, die monatlichen höchsten und niedrigsten Börsennotierungen der Aktien im Jahre 1922, die Zahl der beschäftigten Angestellten, die Zusammensetzung des Aufsichtsrates und der Verwaltung.

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Wertpapiere und Obligationen:	20. März	22. März
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	170	170
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.—VII. Em.	2600	2600
Bank Przemysłowców I. Em.	850	850
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	1800—1900	1900—1850
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	550	550—560
Bank Młynarzy	325	—,—
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	—,—	2000—2100
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	9750—10 000	10 000—11 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	1850	1900—1800
H. Cegielski I.—VIII. Em.	11 000—10 600	10 300—10 100
Centrala Rolników I.—V. Em.	700	700
Centrala Skór I.—IV. Em.	2350—2250	2350—2300
C. Hartwig I.—V. Em. (exkl. Kup.)	1150	—,—
Hartwig Kantorowicz I. Em.	6800—7000	6800—7000
Hurtowina Drogeryjna	300	300
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	—,—	300—275
Hurtownia Skór I.—II. Em.	1030—1100	1200
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	3600—3750	3300-3950-3900
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	—,—	800
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-II.	—,—	46 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	20 000—21 500	22 000—19 750
Młyn Ziemiański I. Em.	1690-1900-1750	1650—1700
Orient I.—II. Em.	500	500
Płótno I.—II. Em.	1050	1050—1100
Papiernia, Bydgoszcz (exkl. Kup.)	1900—2000	2000
Patria I.—VII. Em.	1100	1100—1000
Pozn. Spółka Drzewna I.—VI. Em.	5000	5000-5350-5200
Sarmatia I.—II. Em.	2900—3000	2900
Tkanina I.—III. Em.	—,—	1150
Tri	1175	1200
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. II. Em.	3800—3900	3800—4000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	2000—1950	2000—1950
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	850	875—900
Wyroby Ceramiczne, Krotoszyn I. Em.	1700	—,—
Ziedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	4300	4300

Valuten und Devisen:

Auszahlung Berlin 1^{95}—1^{93}. Umsatz: 124 908 560 deutsche Mark, Pfd. Sterling 195 000.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 23. März 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	170 000—190 000	Wicken	125 000—145 000
Roggen	88 000— 96 000	Felderbsen	110 000—130 000
Braugerste	85 000— 90 000	Viktoriaerbsen	160 000—180 000
Hafer	109 000—114 000	Peluschken	130 000—150 000
Weizenmehl	285 000—310 000	Serradella	200 000—260 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	162 000—172 000	Buchweizen	110 000—170 000
Weizenkleie	46 000	Blaue Lupinen	90 000—[illegible]
Roggenkleie	44 000	Gelbe Lupinen	90 000—[illegible]
		Fabrikkartoffeln	8 000— 8 500

Schwache Zufuhr, Konsumnachfrage unverändert. — Tendenz: fester.

Posener Viehmarkt vom 23. März 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: Färsen und Kühe: I. Sorte 480 000—500 000 M., II. Sorte 420 000—430 000 M., III. Sorte 340 000—360 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 500 000 M., II. Sorte 460 000—480 000 M., III. Sorte 400 000—440 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 480 000 M., II. Sorte 400 000—420 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 920 000—940 000 M., II. Sorte 880 000—890 000 M., III. Sorte 800 000—840 000 M.

Der Auftrieb betrug: 120 Rinder, 261 Kälber, 6 Schafe, 51 Ziegen, 75 Zicklein, 188 Schweine, 170 Ferkel. — Tendenz: ruhig.

Warschauer Börse vom 22. März.

Devisen:

Belgien	2450—2630—2625	Prag	1385—1300—1390
Berlin	1.97½—1.92½	Schweiz	8105—8250—8175
Holland	17625	Wien	60¾—61¼—61
London	202000—200000—202000	Italien	2 160
Neuyork	42 000—44 000—42 100	Stockholm	11 890
Paris	3025—3030—2990		

Danziger Mittagskurse vom 23. März.

Die polnische Mark in Danzig .... 48—49

Der Dollar in Danzig ..... 20 500—20 750

Berliner Produktenbericht vom 21. März.

Amtliche Produktenbörse, per 50 kg in Mark.

Weizen		**Roggenmehl**	
märkischer	39 000	für 100 kg	95 000—105 000
schlesischer	—	Weizenkleie	18 000—19 000
pommerscher	—	Roggenkleie	20 000
mecklenburger	—	Raps	80 000
Roggen		Leinsaat	80 000
märkischer	37 000	**Hülsenfrüchte**	
westpreußischer	—	Viktoriaerbsen	55 000—70 000
ostpreußischer	—	kl. Speiseerbsen	40 000—45 000
Gerste		Futtererbsen	—
Wintergerste	—	Peluschken	60 000—75 000
Sommergerste	—	Ackerbohnen	30 000—35 000
märkische	30 000—31 000	Wicken	55 000—70 000
Hafer		Blaue Lupinen	45 000—55 000
märkischer	28 000	Gelbe "	60 000—85 000
pommerscher	27 000	Serradella	70 000—95 000
Mais		Rapskuchen	25 000—26 000
loko Berlin	39 000—39 000	Leinkuchen	53 000
frei Hamburg	34 000—35 000	Trockenschnitzel	13 000
Weizenmehl		Zuckerschnitzel	17 000—18 000
für 100 kg	105 000—115 000	Torfmelasse	8000
		Kartoffelflocken	16 500—17 500

= **Hamburger Cifnotierungen für Importgetreide.** Weizen man. I 13.10 Fl., Mais am. mix. 9.30 Fl., gelb La Plata sacq. 9.60 Fl. lose gesackt, Gerste, Donau 62/63 Kg. 7.90 Fl., Roggen, Western II 10.30 Fl., La Plata-Leinsaat 21.40 Fl., Weizenkleie 7.35 Fl., Pollards 6.95 Fl. Kurs: 8200—8270.